

Wirtschaft & Umwelt

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELTPOLITIK UND NACHHALTIGKEIT

Euro 1,80

Nummer 3/2012

www.ak-umwelt.at

Schwerpunkt Nachhaltigkeit: Neoliberale heiße Luft

Politik: Mehrweg und Wettbewerb

Betrieb: Steiermarkflasche

Leben: Energiesparlampen



www.arbeiterkammer.at

DAS WUM-OMETER

OHNE HAUSVER-

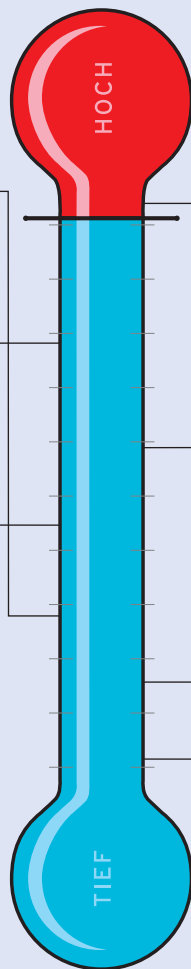
STAND. Weil's schnell gehen muss und praktisch sein soll, werden immer mehr Nahrungsmittel geschält, vorgeschnitten und in Plastik verpackt. Billa hat jüngst mit geschälten Bananen allerdings den Bogen eindeutig überspannt und empörte Reaktionen geerntet. Kommt als Nächstes vorgekauft Obst und Gemüse? Na Mahlzeit, sagt da der Hausverstand!

KURZSCHLUSS.

In Deutschland wurde jüngst darüber diskutiert, Autobahnen zu elektrifizieren und den Straßengüterverkehr auf LKW mit Oberleitungen umzustellen. Alleine die Oberleitungen kämen auf ca. zwei Millionen Euro pro Kilometer. Wie wäre es damit, die Güter auf die Bahn, statt den Strom auf die Straße zu bringen?

SUMSUM VERSUS

PLEMPLEM. Hoffentlich keinen mentalen Schaden davongetragen hat ein oberösterreichischer Jogger infolge mehrerer Stiche, die er sich einfing, als er trotz Warnschildern und Ausweichroute unmittelbar an Bienenstöcken vorbeilief: Er fordert nun nämlich vom Sumsum-Grundeigentümer Schmerzensgeld und Anwaltsspesen. Ganz schön plemplem.



SOLARBAHNHOF.

Auf den Dächern des neuen Wiener Hauptbahnhofes wird eine große Photovoltaikanlage zur Stromgewinnung errichtet. Das macht ihn zum ersten Solarbahnhof Österreichs, der über Solarmodule zur Gänze mit Strom versorgt wird. Sonnige Zeiten für die ÖBB.

DRAU DICH,

dachte sich wohl das sommerliche Kärnten-Kroko, bevor es in den Fluss ging. Kritiker forderten in der Folge vom zuständigen Gesundheitsminister Stöger, dafür zu sorgen, solche Zwischenfälle in Zukunft zu vermeiden. Na dann, wer traut sich? Krokos, bitte melden!

STIRB SCHNELL

dürfte das Motto der Industrie für ihre Produkte sein. Immer mehr Erzeugnisse geben teilweise oder kurz nach der Gewährleistung ihren Geist auf. Böse Zungen sprechen vom geplanten Einbau des Ablaufdatums. Brutalere Gemüter sehnen sich nach Bruce Willis' „Stirb langsam“.

ATOMWIND.

Nach Bioschmäh oder Ökostromwäsche auch das noch: Atomkonzerne, jüngst auch der russische Rosatom-Konzern, kaufen sich bei Windradherstellern und Windkraftbetreibern ein. Erneuerbarer Gewinn für Energie-Dinosaurier?



UMWELTPOLITIK MEHRWEG

Einweggetränkeverpackungen belasten gegenüber Mehrweggebinden die Umwelt enorm. Deshalb haben sich die Sozialpartner zusammengesetzt und eine Reihe von Vorschlägen zur Förderung von Mehrweg ausgearbeitet. Der Handel reagiert (noch) zögerlich. **Seite 10**

RUBRIKEN

Nachrichten	Seite 04
Kommentar	Seite 05
Umwelt in der EU, in Europa und der Welt	Seite 06
Aktuelles Interview	Seite 09
Aktion	Seite 25
Medien	Seite 29
Vor 15 Jahren	Seite 34
AK-Wissenschaft	Seite 35

Die Regierung soll rasch Maßnahmen für eine wirksamere Bekämpfung des Verkehrslärms ergreifen. Dazu braucht es eine Überarbeitung des Bundes-Umgebungslärmgesetzes, ein neues Bundes-Verkehrslärmschutzgesetz sowie insgesamt mehr Transparenz, klare Prioritäten und Verbindlichkeit.

Herbert Tumpel



BETRIEB
AUSGEZEICHNET

Seit einem Jahr gibt es die Initiative „Allweg-Steiermarkflasche“. Dabei wird in einem ausgeklügelten Allweg-Sammelsystem Wein in Mehrwegflaschen ohne Pfand angeboten. Damit soll die Rate der wiederbefüllten Flaschen von 35 auf 50 Prozent steigen. **Seite 26**

LEBEN
KEINE PANIK

Energiesparlampen reduzieren den Stromverbrauch stark. Trotzdem sind sie heiß umstritten, seit bekannt ist, dass in ihnen Quecksilber in geringen Mengen enthalten ist. Doch niemand muss sich deshalb fürchten: Bei sachgerechter Reinigung besteht im Fall des Falles keine Gefahr. **Seite 30**

SCHWERPUNKT NACHHALTIGKEIT

Nachhaltig soll sie sein – die schöne neue Welt in den Geschäftsberichten. Oft handelt es sich dabei um mehr Schein als Sein. „Freier“ Markt und Nachhaltigkeit vertragen sich schwer. Doch sie werden es müssen, wollen wir eine lebenswerte Zukunft haben. **Seite 13**



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20–22, 1040 Wien **Telefon** 01/501 65-DW **E-Mail** wirtschaft.umwelt@akwien.at **Redaktion** Mag. Sylvia Leodolter (Chefredakteurin), Dr. Wilfried Leisch (Redakteur) **Sekretariat** Christine Schwed (DW 2698) **Grafisches Konzept** Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at **Layout & Infografik** Michael Haderer **Coverfoto** Sylvia Leodolter **Druck** Ueberreuter Print und Digimedia, 2100 Korneuburg. Die in *Wirtschaft & Umwelt* veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder. **ISSN** 1028-4664



www.ak-umwelt.at

UZ-Platzhalter

MARKT-FREUND

Die Logik der neoliberalen Politik tut sich mit Umweltschutz und nachhaltiger Wirtschaft schwer. Weder soziale noch ökologische Ziele passen zum „freien Spiel der Marktkräfte“. Langfristige Investitionen und die Erhaltung der Lebensgrundlage künftiger Generationen sind ein Widerspruch zum kurzfristigen Renditekalkül der Konzerne. Dort, wo staatliche Regeln dem ungehemmten internationalen Kapitalfluss Grenzen setzen, gibt es zwar teilweise umweltpolitische Erfolge, aber weltweit betrachtet verschlechtern sich die meisten ökologischen Parameter trotz wiederholter Umweltgipfel rasant.

Die Drohung mit der Verlagerung von Wirtschaftsstandorten wird abwechselnd mit zu hohen Arbeitskosten und zu strengen Umweltstandards argumentiert. Eine gemeinsame Betrachtung von sozialen und ökologischen Kriterien zeigt, dass dort, wo die Einkommensverteilung gerechter ist und soziale Rechte geachtet werden, sich auch positive Auswirkungen auf den Zustand der Umwelt erkennen lassen. National und weltweit sind ärmere Bevölkerungsschichten von Umweltschäden



besonders stark betroffen. Ein Grund mehr, auch aus sozialer Verantwortung vehement auf Nachhaltigkeit zu setzen und der neoliberalen Politik konsequente Regeln und Grenzen entgegenzuhalten. Dass es dazu – nicht nur – in Österreich keinen politischen Konsens gibt, zeigen auch die Geburtswehen für eine neue österreichische Nachhaltigkeitsstrategie.

Mehr Schein als Sein ist auch bei Unternehmen die nachhaltigste Devise: Wenn die Wirtschaft beteuert, dass sie sich ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung im Rahmen von freiwilligen CSR-Programmen stellt, dann dient dies vor allem dem Unternehmensimage. Solange es für CSR keine verbindlichen Standards gibt, bleiben die Programme beliebig und voll in der neoliberalen Logik. CSR ist so eine weitere grüne Seifenblase zur Förderung des Unternehmenserfolgs.

Sylvia Leodolter

NACHRICHTEN

LUFT I

QUALITÄT ONLINE

Smog verhindern kann es nicht, aber online Auskunft geben, wie es um die Luftqualität gerade steht.

Smartphone und i-Pad-BesitzerInnen haben ab nun eine Anwendung zur Verfügung, die auch über die Luftqualität in größeren Städten Europas in Echtzeit Auskunft gibt. Das nennt sich obsAIRve und basiert auf einem Benchmark-Index (CAQI – Common Air Quality Index), der die lokale Konzentration von Feinstaub (PM 2,5), Ozon (O₃) und Stickstoffdioxid (NO₂) hochrechnet.



Feinstaub online

Dem Anwender wird dabei die Luftgüte in einer von fünf Farben signalisiert. Zusätzlich erhält er noch eine Vorhersage für die nächsten 24 Stunden. Angeboten wird dieser Service von ObsAIRve, das ein EU-finanziertes Pilotprojekt ist und BürgerInnen möglichst einfach Informationen zur Luftqualität über die Verfügung stellen will. Mehr unter: www.obsairve.eu **FG**

Menschenrecht Wasser

UNTERSTÜTZUNG NUN ONLINE MÖGLICH

Seit Anfang September 2012 kann die Europäische Bürgerinitiative „Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht – Wasser ist ein Öffentliches Gut, keine Handelsware“ auch online unter www.right-2water.eu/de unterzeichnet werden. Benötigt wird hierfür die Reisepass- bzw. Personalausweisnummer. **LS**

LUFT II

DICKE LUFT

Keinen generellen EU-Aufschub bei Grenzwerten für Stickstoffdioxid (NO₂) gibt es für die österreichischen Bundesländer.

Fast alle österreichischen Bundesländer haben Probleme mit der Einhaltung des Grenzwertes für NO₂, der seit 2010 EU-rechtlich zwingend ist. Vor allem Diesel-KFZ an verkehrsreichen Orten lassen den Jahresgrenzwert von 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter in der Luft überschreiten. Um ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) abzuwenden, suchten die Bundesländer bei der EU-Kommission in Brüssel um Fristerstreckung bis zum Jahr 2015 an. Die EU-Kommission

genehmigte aber eine solche nur für das Bundesland Kärnten und den Ballungsraum Linz und bedingt mit Auflagen zu NO₂-Minderungsmaßnahmen bis 2013 für das Bundesland Niederösterreich. Abgelehnt wurde eine Fristerstreckung jedoch für die Bundesländer Oberösterreich (ohne Linz), Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Wien und Graz, weil trotz

zusätzlicher Maßnahmen eine Einhaltung bis zum Jahr 2015 nicht realistisch ist. Die EU-Beamten vermerkten zudem, dass Österreich die Richtlinie 2001/81/EG über die nationale Höchstmenge an NO_x-Emissionen überschritten hat. Über das weitere Vorgehen der betroffenen Bundesländer liegen derzeit noch keine Pläne vor. **FG**



Wasser: Was ist eine Dienstleistung?

WASSERDIENSTLEISTUNGEN ÖSTERREICH IST SÄUMIG

Laut EU-Kommission legt Österreich die durch die Wasserrahmenrichtlinie vorgeschriebene Kostendeckung für Wasserdienstleistungen zu eng aus. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die Preise von Wasserdienstleistungen kostendeckend festzusetzen, wobei auch Umwelt- und Ressourcenkosten einbezogen werden müssen, um einen angemessenen Anreiz zur effizienten Nutzung zu bieten. Die EU definiert „Wasserdienstleistungen“ als weit gefassten Begriff, der auch die Wasserentnahme für die Kühlung von Industrieanlagen, die Bewässerung in der Landwirtschaft und die Nutzung von Gewässern für Zwecke der Schifffahrt, den Hochwasserschutz oder die Stromerzeugung durch Wasserkraft umfasst. Österreich dagegen meint, die Kostendeckung solle lediglich für die Trinkwasserversorgung und die Entsorgung und Behandlung von Abwasser gelten. Die Bundesregierung hat nun zwei Monate Zeit, die Rechtsvorschriften entsprechend umzusetzen. Andernfalls droht dem Staat eine Klage vor dem EuGH. **LS**

Japan: Fukushima zeigt Wirkung

Bei 35 Prozent von 38.000 untersuchten Kindern waren die Schilddrüsen belastet, wurden Zysten und Knoten entdeckt. Quellen: APA, 11.7.2012, www.global2000.at



ABFALL I**ÖFFENTLICH ODER PRIVAT?**

Aktuell ist das die Kernfrage rund um die Einführung der so genannten Wertstofftonne in Deutschland.

Sieben Kilogramm pro EinwohnerIn und Jahr könnten noch – zu den rund 30 kg Verpackungen – gesammelt werden, so ein Studie des Umweltbundesamts. Mit einem Thesenpapier hat der deutsche Umweltminister dazu einen „Bürgerdialog“ eröffnet, wobei den Verfassern des Papiers offenbar eine Zuständigkeit der Wirtschaft – so wie bei der Verpackungsverordnung – vorschwebt. Die Kommunalverbände und die SPD treten für eine kommunale Zuständigkeit ein. Um die Mühen des Miteinanders dreht sich ein Rechtsstreit zwischen dem Landkreis Böblingen und dem

Verpackungssammelsystem DSD. DSD will die kommunale Altpapiersammlung mitbenutzen. Doch seit 2008 können sich beide Seiten nicht über die Bedingungen einigen. Das Verwaltungsgericht Mannheim kritisiert nun die deutsche Verpackungsverordnung heftig, weil sie den Beteiligten ein kooperatives Vorgehen vorschreibe, aber wesentliche Punkte wie das Entgelt völlig offen lasse. **HO**

ABFALL II**DEFIZITE DER EU-ABFALLWIRTSCHAFT**

Gravierende Defizite gibt es in vielen südlichen und östlichen Mitgliedstaaten. Österreich ist unter den Bestgereihten.

Das zeigt eine Studie der EU-Kommission. Ziel der Studie war es, anhand von 18 Kriterien den Stand der Umsetzung der EU-Abfallgesetzgebung für die

KOMMENTAR VON RUUD KLEIN**KOMMENTAR VON FRANZ GREIL****TAXI: UMWELT MUSS WARTEN**

Seit Juli stehen Wien und andere Bundesländer mit einem Bein in einem EUGH-Verfahren, weil an frequentierten Straßen die Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) nicht eingehalten werden.

NO₂ greift unsere Gesundheit an, ist Vorläufer für Ozon und Gift für Gewässer und Böden. Der Verkehr trägt daran den Löwenanteil. Doch Chancen auf Linderung werden vertan. Zum Beispiel durch das Taxi-Gewerbe. An jedem Werktag brechen von Wien unzählige Taxis zum Flughafen Wien-Schwechat mit Fahrgästen auf. Sie werden aber zur Rückreise ohne Fahrgäste verdonnert, weil der Schutz des lokalen Taxi-Gewerbes in Schwechat es so will. Umgekehrt dürfen auch Schwechater Taxis von Wien keine Fahrgäste mit zurück nehmen. Wiener Taxiunternehmer legen mit ihren rund 9.000 PKW eine erstaunliche Performance an den Tag. Seit Jahren werden ihnen Erdgas-Autos mit Förderungen schmackhaft gemacht, denn diese stoßen im Vergleich zu Diesel-PKW 80 Prozent weniger NO₂ und 30 Prozent weniger CO₂ aus. Dieselmotoren, der der Wiener Bevölkerung acht Monate an Lebenserwartung nimmt und TaxifahrerInnen, laut WHO, eine um 300 Prozent höhere

Krebswahrscheinlichkeit beschert, entsteht dabei überhaupt nicht. Wer auf Gas-Antrieb umsteigt, muss auch nicht für Gottes Lohn fahren: Ein Liter Diesel kostet derzeit 1,40 Euro, die gleiche Menge in Erdgas dagegen nur rund einen Euro. Man möchte meinen, dass bei einer Taxi-Jahresfahrleistung von 50.000 – 90.000 Kilometer der Umstieg leicht fallen und der Kaufaufschlag für einen Erdgas-PKW schnell amortisiert sein müsste. Doch Fehlanzeige! Nur für 34 Taxis wurden Förderungen der Stadt Wien in Anspruch genommen. Mehr Firmen haben sich dagegen noch schnell mit alten Diesel-PKW eingedeckt, um die ab 1. April 2012 geltenden Abgasvorschriften für neue Taxi-PKW zu umgehen und somit in den nächsten Jahren die Stadt noch mehr mit Abgasen zu verpesten. Die Taxibranche ist bis hin zu den Tarifen stark reglementiert. Da sollte nicht nur für den Schutz der Unternehmen, sondern auch für eine vernünftige Lösung im Sinne von Mensch und Umwelt endlich Platz sein!



* Mag. Franz Greil ist Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.



AUF EINEN BLICK EU, EUROPA UND DIE GANZE WELT

Nein zu Weichmachern: In Dänemark werden vier Chemikalien, die als Weichmacher in Kunststoffen verwendet werden, früher verboten, als es in der EU vorgesehen ist. Die vier Stoffe gehören zur Gruppe der Phthalate (Abkürzungen: DEHP, DBP, DIBP und BBP) und gelten als fortpflanzungsschädlich. Ab 2015 dürfen sie gemäß der REACH-Verordnung der EU nur mehr auf den Markt kommen, wenn die jeweilige Verwendung zugelassen ist. Dänemark verbietet sie nun vor diesem Zeitpunkt und riskiert damit ein Vertragsverletzungsverfahren. Manche halten diesen Schritt jedoch für populistisch, da die vier Substanzen schon seit längerem praktisch nicht verwendet werden und durch andere ersetzt wurden.

Ja zur LKW-Maut: In Deutschland müssen LKW seit 2005 auf Autobahnen eine streckenabhängige Maut zahlen. Um den daraus resultierenden Ausweichverkehr in den Griff zu bekommen, ist diese seit August 2012 auf bestimmte hochrangige Bundesstraßen ausgedehnt worden. Die Betreiber von

schweren Lastwagen müssen nun auf zusätzlichen 1.135 Straßenkilometern LKW-Maut zahlen. Die Maut ist abhängig von Gewicht und Achszahl und beträgt durchschnittlich 17 Cent pro Kilometer. Derzeit betragen die Einnahmen daraus etwa 4,5 Milliarden Euro pro Jahr; mit der Ausdehnung sollen circa 110 Millionen Euro dazukommen.

Nein zu Schwefel: Ab 2015 soll in sensiblen Zonen der EU-Meere (z. B. Ostsee, Englischer Kanal, etc.) der Schwefelgehalt von Schiffsdiesel statt wie bisher höchstens ein Prozent nur mehr 0,1 Prozent betragen. In den restlichen EU-Meeren soll er, einem internationalen Abkommen entsprechend, auf 0,5 Prozent gesenkt werden. Die Schifffahrtsindustrie klagt nun darüber, dass in Zeiten schlechter Auslastung die zusätzlich nötigen Investitionen nicht tragbar seien. Umweltpolitisch ist die Auflage für Schiffe freilich lange überfällig: Auch nach der Absenkung auf 0,1 Prozent ist die Schwefelmenge im Schiffsdiesel noch 100-mal so hoch wie im Diesel für den Straßenverkehr. **CS**

Siedlungsabfallentsorgung zu untersuchen. Kriterien waren unter anderen die Mengen an stofflich oder thermisch verwerteten Abfällen oder die Einhaltung der EU-Deponierichtlinie. „Die Ergebnisse bestätigen meine schlimmsten Befürchtungen. In vielen Mitgliedstaaten werden riesige Abfallmengen noch immer auf Deponien – das ist die schlechteste Option – abgelagert“, erklärte der zuständige Umweltkommissar Janez Potocnik anlässlich der Präsentation Anfang August 2012. Schlusslicht ist Griechenland. Im Herbst will die Kommission mit den zehn schwächsten Staaten bilateral Fahrpläne zur Verbesserung entwickeln. Die Ergebnisse anerkennen die Fortschritte Österreichs bei der Umsetzung seiner Deponieverordnung. **HO**

ABFALL III

VERPACKUNGS- WETTBEWERB

Mit einer „Petition an die Bundesregierung“ will die ARA ihre Monopolstellung zu halten versuchen.

Schon Anfang Juli hatte die Abfall Recycling Austria (ARA) ihre Ankündigung für neue Gewerbetarife nicht umsetzen können. Während die von der EU-Kommission verlangte Öffnung der Haushaltssammlung für Wettbewerb noch immer nicht umgesetzt ist, gibt es ihn bereits in der Gewerbesammlung: Dort bemühen sich Reclay und Interseroh – zwei kleine deutsche Sammelsysteme – ihre Marktposition auszubauen. Dem wollte ARA dadurch beugen, dass

Lizenzpartner, die zur Konkurrenz im Gewerbe wechseln, für Haushaltsverpackungen – wo ARA immer noch Monopolist ist – mehr zahlen müssen. Daraus wurde nichts, weil das Umweltministerium die neuen Tarife prüfen will. Zuletzt hat die von ARA lancierte „Petition“ für Wirbel gesorgt: ARA behauptet, dass der Arbeitsentwurf für die nötige „AWG-Novelle Verpackungen“ die Sozialpartnerempfehlung Wettbewerb konterkariere, was in der AK aber nicht so gesehen wird. **HO**



MEHRWEGFLASCHE

SAG'S AM MEHRWEG

Das Umweltministerium startet unter dem Motto „Sag's am Mehrweg“ eine Bewusstseins-Initiative für Mehrwegflaschen.

Mehrweg-Gebinde produzieren 30-mal weniger Abfall als jene von Einweg-Glas, verbrauchen weniger Energie und dadurch rund 30-mal weniger Rohstoffe, was das Klima fünfmal weniger belastet. Die Mehrwegflasche ist die ökologische Musterschülerin, die in den vergangenen Jahren an Beliebtheit leider eingebüßt hat. So wie es die Sozialpartnerempfehlung Mehrweg verlangt, startet nun das Umweltministerium ab Herbst 2012 die Bewusstseinsinitiative

WearFair Einkaufsführer

Ende September 2012 fand in Linz zum fünften Mal die Messe WearFair für öko-faire Bekleidung statt, veranstaltet von Südwind und GLOBAL 2000 und AK OÖ als Unterstützer. Bei der Auswahl der richtigen Produkte hilft: www.wearfair.at/shopping-guide

„Sag’s am Mehrweg“. Ziel ist, umweltbewusste KonsumentenInnen in Ihrer Kaufentscheidung zu stärken. Wie geht’s? Auf www.am-mehrweg.at bringen Sie virtuell Liebes- und Freundschaftsbotschaften auf Mehrweg-Flaschen auf und verbreiten diese über Facebook oder per E-Mail. Via Online-Voting werden die kreativsten Botschaften prämiert, die auf den Etiketten ab Juli 2013 im Handel zu sehen sind. Unter den Teilnehmenden werden viele Preise verlost. **HO**

AGROSPRIT

AUS FÜR BIOSPRIT IN EURO-VI-MOTOREN

Führende Fahrzeughersteller lehnen die Freigabe von Biosprit für ihre neuesten Motoren ab.

Nachdem einerseits die Anforderungen an die Qualität des Kraftstoffes stark angestiegen sind und andererseits die Nachfrage an Biodiesel (B100) im deutschen Gütertransportgewerbe deutlich zusammengeschrumpft war (der Biodiesel-Absatz ist in Deutschland von 1,94 Millionen Tonnen im Jahr 2007 auf 0,1 Millionen Tonnen im Jahr 2011 zurückgegangen), haben die Fahrzeughersteller Mercedes-Benz, MAN, DAF, Scania und Iveco die Freigabe ihrer neuesten Motoren für Biodiesel abgelehnt – Volvo und Renault sollen folgen. Biodiesel sei nur mehr ein schönes Thema für die Landwirtschaft, meint der Hauptgeschäftsführer des deutschen Bundesverbandes Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung, Prof. Karlheinz Schmidt. Wird in den künftigen

Euro-VI-LKW trotz fehlender Freigabe Biodiesel verwendet, riskiert man bei einem möglichen Motorschaden auf den Kosten sitzen zu bleiben. Mehr Infos unter: www.dvz.de bzw. www.bgl-ev.de **RR**

JUGENDMOBILITÄT

TOP - DAS TICKET GILT

Endlich ein positiver Schritt für Schüler- und Lehrlingsfahrten.

Das neue Modell heißt TOP-Jugendticket und kostet 60 Euro. Das Ticket gibt es für alle SchülerInnen und Lehrlinge bis zum 24. Lebensjahr und es gilt für beliebig viele Fahrten mit allen Verbundlinien in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland an 365 Tagen im Jahr (gültig vom 3.9.2012 bis 8.9.2013). Alternativ kann man



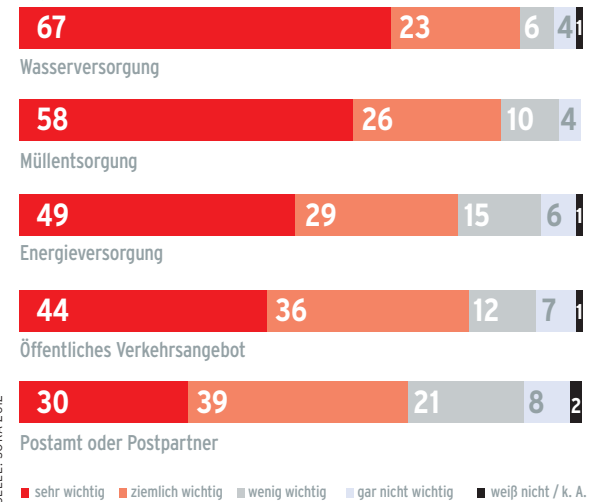
Endlich da, das Jugendticket.

auch weiterhin eine Streckenkarte um 19,60 Euro kaufen, das Jugendticket. Dieses gilt für SchülerInnen an Schultagen (bis 28.6.2013) sowie für Lehrlinge für Fahrten auf Verbundlinien zwischen Wohnort und Ausbildungsort. Ein gelungener Schritt in die richtige Richtung. Die Fahrgäste von morgen werden mit den Angeboten des öffentlichen Verkehrs vertraut gemacht und können

WIRTSCHAFT & UMWELT INFO-GRAFIK

ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN

Angaben in Prozent (Abweichungen von 100 Prozent durch Rundungen auf ganze Prozent)



Allen Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen zum Trotz wünscht sich die österreichische Bevölkerung ganz klar, dass öffentliche Dienstleistungen im Eigentum des Staates und unter direkter staatlicher Kontrolle bleiben sollen. Eine österreichweite, repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes SORA zum Thema „Die Angebote der Daseinsvorsorge im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung“ im Auftrag der AK Wien kommt Anfang 2012 zum Ergebnis, dass 90 Prozent der ÖsterreicherInnen dies bei der Wasserversorgung für sehr wichtig oder ziemlich wichtig halten, bei der Müllentsorgung gilt dies für 84 Prozent, beim öffentlichen Verkehrsangebot für 80 Prozent, bei der Energieversorgung für 78 Prozent und bei den Postämtern/Postpartnern – trotz oder wegen der Erfahrung mit den Schließungen von Postämtern – für immerhin 69 Prozent. **LEO**

GENTECHNOLOGIE

BASF GEGEN KENNZEICHNUNG

Der Chemie- und Genteckkonzern BASF unterstützt in den USA eine Kampagne gegen die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel. Parallel zu der diesjährigen Präsidentenwahl im November wird in Kalifornien über ein Gesetz abgestimmt, demzufolge eine solche Kennzeichnung erfolgen muss. Unterstützer der Forderung haben sich in der „The Right to Know“-Kampagne zusammengeschlossen. Eine Allianz von Lebensmittel- und Agrar-Konzernen – neben BASF auch Monsanto, Du Pont, Bayer, Nestlé, Pepsi, Coca Cola, usw. – hat bisher fast 35 Millionen US-Dollar gesammelt, um das Gesetz zu verhindern. www.gen-ethisches-netzwerk.de/basf **HO**

Geräte mit Ablaufdatum

Manche Produkte werden absichtlich so konstruiert, dass sie schnell kaputt werden – man spricht von geplanter Obsoleszenz. Was tun? Gute Beratung, Kauf langlebiger Produkte, Reparieren statt Wegwerfen bei Problemen. Infos und Hilfe: www.reparaturnetzwerk.at.

ohne Einschränkungen alle Verkehrsmittel benützen. Und der Umwelteffekt, den mehr Fahrgäste im öffentlichen Verkehr und weniger Autos auf der Straße erzeugen, ist natürlich auch nicht zu vernachlässigen. Die AK empfiehlt, das Ticket im Online-Shop der Wiener Linien zu kaufen, da nur dann bei Verlust oder Diebstahl ein neuerlicher Ausdruck möglich ist. **DU**



Gefährdete Arten

WERTLOS ODER UNBEZAHLBAR?

Zoological Society of London (ZSL) und International Union for Conservation of Nature (IUCN) haben eine Liste der 100 gefährdetsten Tier- und Pflanzenarten veröffentlicht. Die Liste „Priceless or Worthless“ mit Hintergrundinfos kann auf englisch online gelesen werden: <http://viewer.zmags.com/publication/44234ae6> **LEI**

FLUGLÄRM

MEHR SCHUTZ IST GEFRAGT

Dem EP-Berichterstatter gehen die Vorschläge der EU-Kommission zu Fluglärm viel zu weit.

„Die EU-Mitgliedstaaten sollen weiterhin selber über die geeigneten Fluglärm-Schutzmaßnahmen entscheiden können“, betont Jörg Leichtfried, Berichterstatter des EU-Parlaments (EP) für die geplante EU-Fluglärmverordnung. Der Entwurf vom Dezember 2011 ist Teil des EU-Flughafenpakets, mit dem die Kommission den Flugverkehr attraktiver machen will. Leichtfried vermisst jedoch den Gesundheits- und den Umweltschutz als Ziele im Entwurf, der sehr an den Interessen der Luftfahrtindustrie ausgerichtet ist. Dazu will auch die Kommission weite Entscheidungsbefugnisse an sich ziehen, die bisher die Mitgliedstaaten hatten. Ende Juli hat Leichtfried seinen Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments vorgelegt. Für Anfang November ist die Entscheidung im EP-Verkehrsausschuss geplant. **HO**

SAATGUT

EUGH GEGEN SOUVERÄNITÄT

Das Urteil des EuGH im Fall „Kokopelli gegen Graines Baumaux SAS“ (C59/1) hat für Verwirrung gesorgt.

Irrtümlich ist das Urteil als Sieg für die Sortenvielfalt gefeiert worden. Stattdessen bestätigt der EuGH darin die EU-Saatgutgesetzgebung, die

weitgehende Vermarktungsverbote für alte Saatgutsorten vorsieht, wenn sie nicht in die offiziellen Saatgutkataloge eingetragen sind. „Kokopelli“ ist eine von den Kampagnen, die sich in den EU-Mitgliedstaaten für Saatgut- und Sortenvielfalt und gegen schärfere Eigentumsrechte an Sorten einsetzen (www.saatgutkampagne.org), denn letzteres führt in Wahr-

heit zur Monopolisierung des Saatguts in den Händen von Großkonzernen wie Graines Baumaux. Auch Generalanwältin Kokott hatte die Aufhebung dieser Vermarktungsverbote gefordert, da sie diese als unverhältnismäßig und diskriminierend ansieht. Doch überraschend ist der EuGH ihrer Kritik nicht gefolgt und hat die Verbote damit gerecht-

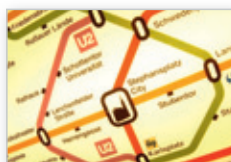


INTERNET: VIELE GUTE TIPPS SOZIALE NETZWERKE

Soziale Netzwerke im Internet sind sehr beliebt. Jedoch: Wie nutzt man sie sicher? Hier die wichtigsten Tipps: So wenig Daten wie möglich veröffentlichen. Nutzen Sie die Einstellungen zum „Schutz der Privatsphäre“. Trennen Sie Berufliches von Privatem und verwenden Sie sichere Passwörter. Löschen Sie Ihr Profil, sobald Sie Ihren Auftritt in einem sozialen Netzwerk nicht mehr pflegen wollen. Nur bekannte Personen als „Freunde“ annehmen und keine Bilder öffentlich stellen, die Sie oder Dritte nachteilig darstellen. Musik, Videos oder Fotos nur veröffentlichen, wenn Sie die Zustimmung der UrheberInnen haben. Und: Virenschutzprogramme verwenden und regelmäßig aktualisieren. Eine Analyse, Tipps zur sicheren Nutzung oder für Eltern finden Sie in der AK-Broschüre: Facebook, Myspace & Co. Bestellung unter: Tel: 01-501 65/2144 DW. E-Mail: konsumentenpolitik@akwien.at **LEI**

Umfrage: Gutes Angebot lohnt sich!

Im gut ausgebauten Wiener Netz nutzen 75 Prozent der Bevölkerung täglich bis mehrmals pro Woche den öffentlichen Verkehr. Aber österreichweit fahren 77 Prozent nie oder weniger als einmal monatlich mit der Bahn. Quelle: Sora-Umfrage für die AK Wien, 2012



Wien: Beliebte U-Bahn

Mit 567 Millionen Fahrgästen hat Wiens U-Bahn eine höhere Nutzungsdichte als die Metro von Paris oder London. Seit 2001 ist die Nutzung um 37 Prozent gestiegen. www.wienerlinien.at

fertigt, dass sie der „Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität“ dienen. **HO**

FLUGHAFEN WIEN

DRITTE PISTE GENEHMIGT

Ende Juli hat das Amt der niederösterreichischen Landesregierung die Dritte Piste am Flughafen Wien genehmigt.

25 Berufungen sind bei der Behörde gegen den Bescheid bis Ende August eingegangen. Die Dritte Piste soll rund zwei Kilometer südlich der bestehenden in Ost-West-Richtung verlaufen. Dazu muss auch die



Dritte Piste im Anflug.

Bundesstraße 10 verlegt werden. Die neue Piste ist breiter geplant und für Superjumbos wie den A380 geeignet. Das UVP-Verfahren ist das größte in Österreich je durchgeführte Verfahren. Mehr als 50 Parteien haben 1.300 Einwendungen abgegeben. Nun liegt die weitere Entscheidung beim Umweltsenat in zweiter Instanz. Die Berufungen stammen von Gemeinden und Bürgerinitiativen, die nicht in die Flughafenmediation einbezogen sind. Wien

hat eine „formale“ Berufung eingebracht. Ein Streitpunkt ist immer wieder die Wahl der An- und Abflugrouten. Diese sind nicht im Bescheid festgelegt, sondern sollen demnächst in der Mediation entschieden werden. **HO**

AUSTRALIEN

BEITRITT ZUM EU-EMISSIONSHANDEL

Ab 2018 soll der Handel von Treibhausgasemissionen zwischen EU und Australien ohne Schranken funktionieren.

Australien will bis 2020 um 25 Prozent weniger Treibhausgase als im Jahr 2000 emittieren, wenn es zu einem internationalen, verbindlichen Nachfolgevertrag des Kyoto-Protokolls kommt. Wenn zumindest andere Industriestaaten vergleichbare Verpflichtungen übernehmen, soll die Reduktion 15 Prozent betragen. Das jeweilige Ziel soll vor allem mit einem Emissionshandelssystem erreicht werden, das etwa drei Viertel aller Emissionen erfasst. Für viele Industriezweige gibt es ähnlich der EU auch in Australien eine weitgehende Gratis-Zuteilung von Emissionsrechten. Nun sind Australien und die EU übereingekommen, ihre Systeme des Emissionshandels zu koppeln. Dabei sollen australische Unternehmen die Emissionsrechte aus der EU schon 2015 nutzen dürfen, während EU-Unternehmen die australischen ab 2018 verwenden dürfen. Dabei geht Australien auch vom bisher bestehenden Mindestpreis im Emissionshandel ab. **CS**

INTERVIEW MIT HEINRICH VANA VERKEHRSLÄRMSCHUTZ?

Fast ein Drittel der Bevölkerung klagt über Lärm. Grenzwerte werden so gesetzt, dass automatisch 20 Prozent Belästigte in Kauf genommen sind. Ist dem Problem beizukommen? Was ist nötig und wo liegen die Hindernisse?

Brauchen wir ein Lärmschutzgesetz?

Vana: Ja, dringend.

Adäquate Vorschriften gibt's weder bei Straße, Schiene oder Flugverkehr. Damit die Betroffenen Sicherheit haben, damit klar ist, welcher Lärm gesellschaftlich akzeptiert ist. Dann sieht man auch, was uns der Schutz der Betroffenen wert ist. Und welcher Lärm krank macht, sollen weiterhin die Umweltmediziner entscheiden. Es geht nicht an, dass Behörden Auflagen, die die Mediziner für notwendig halten, nicht umsetzen, weil die Rechtslage das nicht trage. Rechtsvorschriften müssen auch auf den Einzelfall eingehen.

Wie ist das zu verstehen?

Vana: Im UVP-Gesetz gibt es das Entlastungsprivileg. Wenn mehr Menschen entlastet werden als belastet, kann ein Projekt gebaut werden („Umfahrungsbestimmung“). Das trifft dann die „Belasteten“ besonders hart. Die hatten vielleicht vorher einen Basispegel

von 30 dB und weniger und müssen nun 50 bis 55 dB aushalten. Umweltmediziner halten so etwas für gesundheitsgefährdend. Trotzdem gibt es keine Einlöse der Grundstücke.

Und der Lärmschutz an bestehenden Straßen?

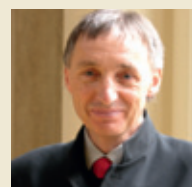
Vana: Der ist noch viel schlechter als wenn neu gebaut wird. Zudem sind manche Probleme kaum sanierbar. Dort helfen nur Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Was bringt das Raumordnungsrecht?

Vana: Auch dort fehlen die nötigen Vorgaben. Es verhindert nicht das Bauen dort, wo es zu laut ist. Ein positives Beispiel gibt es nur in der Flughafen-Mediation Schwechat. Da akzeptieren die Gemeinden, dass bestimmte Gebiete nicht mehr Bauland werden dürfen. Im Gegenzug verspricht der Flughafen nicht über diese Grenze hinaus zu wachsen. Und drittens bekommen die Gemeinden Geld zum Ausgleich für diese Einschränkung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten.

Was bringt Ecodesign?

In der EU könnten strenge Produkt-Effizienzstandards 600 TWh elektrische Energie und 600 TWh Heizenergie einsparen. Das ist so viel wie die Stromproduktion von 110 AKW. www.ecofys.com/files/ecofys_2012_economic_benefits_ecodesign.pdf



* **Dr. Heinrich Vana** ist Rechtsanwalt, akademischer Europarechtsexperte, MAS Mediation & Konfliktmanagement in Wirtschaft, Verwaltung.

Etwa vor einem Jahr haben die Sozialpartner – dem Ersuchen einer parlamentarischen EntschlieÙung folgend – Empfehlungen zu den Themen „Förderung von Mehrweggetränkeverpackungen“ bzw. „Öffnung der Haushaltsverpackungssammlung für Wettbewerb“ erstattet. Was hat sich seither getan? Was dürfen wir für die Zukunft erwarten? **VON WERNER HOCHREITER***

Sozialpartner: Mehrweg und Wettbewerb



ZUSAMMENFASSUNG:

Die politischen Auseinandersetzungen um die Themen „Mehrweg“ und „Wettbewerb in der Verpackungssammlung“ haben 2010 zur völligen Blockade bei AWG-Novellen geführt. Mit einer EntschlieÙung bestimmte das Parlament die Richtung und ersuchte die Sozialpartner um Vorschläge. Die drei Empfehlungen vom Juni 2011 sind noch nicht umgesetzt, aber in Arbeit und geben Anlass zu Hoffnung.

Die im Dezember 2010 von den Koalitionsparteien angenommene EntschlieÙung „Nachhaltigkeit im Bereich Verpackung (1369/A(E))“ markiert einen gewissen Höhepunkt, weil sie Konsenspfade für Debatten vorgibt, die Jahre zuvor an Polarisierung kaum zu überbieten waren und 2010 in eine völlige Blockade mündeten (siehe Kasten).

Richtungsentscheidungen waren nötig. Die trafen die Koalitionsparteien, indem sie per EntschlieÙung den Umweltminister ersuchten, „geeignete Maßnahmen und Regelungen vorzulegen, welche eine Öffnung des Marktes für einen fairen Wettbewerb von Sammel- und Verwertungssystemen gewährleisten und eine umweltfreundliche Entwicklung des Mehrweganteils an Getränkeverpackungen zu bewirken vermögen.“ Zu allem sollten die Sozialpartner bis Mitte 2011 Vorschläge vorle-

gen. Damit war entschieden, dass beides nun doch kommen musste: Die Öffnung der Haushaltssammlung für Wettbewerb sowie Maßnahmen zur Förderung von Mehrweg; letztere sollten aber doch weiter „freiwillige“ Maßnahmen sein – denn die EntschlieÙung spricht bewusst nicht von gesetzlichen Maßnahmen.

Die Gespräche zum „Positionspapier Wettbewerb“ gediehen schnell, weil Sondierungsgespräche ab 2009 zwischen AK und Altstoff Recycling Austria (ARA) gezeigt hatten, dass ein „Runder Tisch der Sammel- und Verwertungssysteme unter Moderation der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB)“ wohl der zielführendste Weg ist. ARA und die MitbewerberInnen sollten dort – unter den kritischen Augen der WettbewerbshüterInnen – die Einzelheiten der Anpassung der Regionalpartnerverträge aushandeln, insoweit es hier nicht um abfallwirtschaftliche,

sondern um wettbewerbliche Fragen geht.

Die Herausforderung in den Gesprächen um das Thema „Mehrweg“ war, dass hier gleichsam ein Neuanfang, eine neue Gesprächsebene und eine gemeinsame Sichtweise zu entwickeln waren. Zudem wollten Getränkewirtschaft und Handel noch die Ergebnisse der vom Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) durchgeführten Ökobilanz zu Mineralwasser- und Getränkeverpackungen abwarten.

ZWISCHENBILANZ

So sind schlussendlich zwei Dokumente entstanden, die sich gegenseitig ergänzen: Die „Sozialpartnerempfehlung Mehrweg“ enthält als Kern das Bekenntnis zur Stabilisierung der bestehenden Mehrwegsysteme auf dem Niveau von 2010 – bei rund 22 Prozent. Um die geschwundene Wertschätzung für den Gedanken

* Mag. Werner Hochreiter ist Jurist und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Hintergrundinformation

Gemeinsame Presseaussendung AK/WKÖ vom August 2011 sowie Sozialpartnerempfehlung Mehrweg, Selbstverpflichtung Mehrweg, Positionspapier Wettbewerb zum Download unter: <http://wien.arbeiterkammer.at/online/massnahmenpaket-fuer-mehrweg-68756.html>





Sind Mehrwegflaschen gut platziert, werden sie auch gekauft

der Wiederverwendung wiederherzustellen, empfiehlt sie dem Umweltminister eine Mehrwegkampagne zu starten und die beteiligten Kreise im Rahmen einer Plattform zum Mitmachen einzuladen. Den Konsens hat wohl erleichtert, dass das Nebeneinander von Einweg und Mehrweg akzeptiert war: Ziel war, Gesamtverbesserungen am Getränkektor zu erzielen. Dazu dienen auch Maßnahmen für weniger Umweltbelastungen durch Einwegverpackungen, insbesondere die Erhöhung des Bottle-to-Bottle-Recyclings bei PET-Flaschen und gegen das Wegwerfen von Müll (Littering) im öffentlichen Raum. Zur Verbesserung der Qualität der verwendeten Kunststoffverpackungen soll eine Plattform beim Gesundheitsminister beitragen, die sich mit der Migration von Stoffen aus und in Verpackungen beschäftigt.

Das zweite Dokument – die „Selbstverpflichtung

Mehrweg“ – sollte die seit 2000 bestehende „freiwillige Selbstverpflichtung“ der Arbeitsgemeinschaft Nachhaltigkeitsagenda (ARGE) ergänzen. Die ARGE ist eine Wirtschaftskammerplattform, in der fast alle namhaften Unternehmen in Getränekewirtschaft und Handel versammelt sind (www.nachhaltigkeitsagenda.at). Die „Selbstverpflichtung Mehrweg“ konkretisiert die Maßnahmen, die Mehrweg für KonsumentInnen wieder attraktiver machen sollen: Zum einen eine bessere Darbietung und Bewerbung im Handel gekoppelt mit Maßnahmen zur Steigerung der Convenience wie etwa Reduktionen des Flaschengewichts, leichtere Splitboxen etc. Nach heftigem Ringen hat die ARGE auch zugesagt, der 0,3-Liter-Biermehrwegglasflasche eine Chance zu geben. Dieses Umsatz-Hoffungssegment

wird ja bis dato von großen
weiter auf Seite 12 →

MEHRWEG BLOCKADE PUR

Ende 2010 konnten sich die Koalitionsparteien auf keine AWG-Novelle mehr einigen – in Sachen „Mehrweg“ und „Wettbewerb“ herrschte Blockade pur:

Zwar existiert seit 2003 eine Entscheidung der Wettbewerbsdirektion der EU-Kommission, die eine Öffnung der bis heute monopolartigen ARA-Verpackungssammlung für Wettbewerber – auf der Ebene der Regionalpartner – verlangt. Diese ist mittlerweile auch vom EuGH mit Urteil vom März 2011 bestätigt worden. Doch anstatt sie umzusetzen, versuchte das Umweltministerium das Monopol 2009 sogar mit einer AWG-Novelle Verpackungen gesetzlich festzuschreiben. Dies scheiterte, weil sich die AK erfolgreich dafür eingesetzt hat, dass der Arbeitsentwurf blockiert wurde und erst gar nicht in die Begutachtung gehen konnte.

Genauso festgefahren waren die Fronten in der Frage der Förderung von Mehrwegverpackungen:

Es gab zwar ein Verfassungsgerichtshofurteil aus dem Jahr 2000, das im Ergebnis die Erlassung von verbindlichen Mehrwegquoten verlangte. Doch alle amtierenden Umweltminister ignorierten dies und die Kritik von Umweltlandesräten, den Umwelt-NGOs und der AK. Stattdessen hielten sie an den „freiwilligen Vereinbarungen mit der Wirtschaftskammer Österreich“ fest, die im Ergebnis nur den rapiden Rückgang der Mehrwegquote (1990 über 90 Prozent, 2000 rund 46 Prozent und 2009 nur mehr 25 Prozent) verwalteten, anstatt Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Dem wollte die damalige SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr nicht mehr tatenlos zusehen und knüpfte 2010 ihre Zustimmung – damals zur AWG-Novelle zur Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie – an verbindliche Maßnahmen zur Förderung von Mehrweg, wie z. B. das von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeitete Ökobonusmodell.



Einweg macht mehr Müll

Fragwürdige Studie

Mit der IFEU-Ökobilanz Mineralwasser- & Getränkeverpackungen 2010 wollten Teile von Getränekewirtschaft und Handel nachweisen, dass PET-Einweg mit Glas-Mehrweg gleichgezogen hat. Doch die Studie hat viele Mängel, siehe: <http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=67&P=57683>

Abfüllern und vom Handel durchwegs in Glas-Einweg entwickelt, was die Bierökobilanz massiv verschlechtert. Die „Selbstverpflichtung“ sieht ein Monitoring und jährliche Berichte an die Öffentlichkeit vor. Die Sozialpartner sollen im Wege eines Stakeholderbeirats laufend über die Aktivitäten der ARGE informiert werden. Nach drei Jahren ist eine Gesamtevaluierung vorgesehen.

Fast fristgerecht sind im Juni 2011 die drei Empfehlungen an den Umwelt- und den Gesundheitsminister, die Bundeswettbewerbsbehörde und die im Parlament vertretenen politischen Parteien übermittelt worden. Was hat sich seither getan? Was dürfen wir für die Zukunft erwarten?

Am weitesten ist wohl die Umsetzung der Anti-Littering-Maßnahmen gediehen. Hier hat sich in der ARGE eine Plattform gebildet, die von den einweg-affinen Unternehmen aus Getränkewirtschaft und Handel getragen wird. Rund ein

Drittel des jährlichen Budgets von einer Million Euro bringen hier allein die Diskonter (Hofer, Lidl, Penny) auf, der Rest kommt aus den ARA-Lizenzgebühren. Faktisch betreibt ARA die Kampagne (www.reinwerfen.at).

Relativ fortgeschritten – und aus AK-Sicht sehr begrüßenswert – sind auch die Arbeiten des Umweltministeriums an der nötigen AWG-Novelle Verpackungen. Die Kooperation mit der BWB scheint bestens. Ein Arbeitsentwurf, der die Öffnung für Wettbewerb – so wie von der EU-Kommission gewollt – auf der Ebene der Regionalpartnerverträge umsetzt, sowie einer für die neue Verpackungsverordnung, sind schon vorgestellt worden. Es fehlt nur mehr die Feinabstimmung. Freilich können sich die hinter der ARA stehenden Unternehmen noch immer nicht damit abfinden und sammeln Unterschriften für eine „Petition an die Bundesregierung“. Bleibt abzuwarten, ob sich die

EU-Kommission auch offiziell für den Entwurf einsetzt. Zudem steht die Entscheidung noch aus, ob sie das Marktmissbrauchsverfahren gegen die ARA nun tatsächlich einleitet.

Am schwierigsten vorherzusagen sind die Entwicklungen bei „Mehrweg“. Hier ist die Herausforderung, ein Pilotprojekt zum gerne gebrauchten Schlagwort „Nachhaltiger Konsum“ zu entwickeln, das auf Mehrweg fokussiert ist. Freilich: Von einem ähnlichen Budget wie bei Anti-Littering kann man nur träumen. Erste Sondierungsgespräche mit den Nachhaltigkeitsabteilungen der großen Lebensmittelhandelsketten (nur Vollsortimenter) haben gezeigt, dass von einer systematischen Mehrweg-Förderung noch keine Rede sein kann. Offenkundig ist, dass ein wirkungsorientiertes externes Monitoring der Einzelmaßnahmen gemäß der Selbstverpflichtung sinnvoll kaum möglich ist. Flugblätter und Plakatständer zu zählen, sagt

nur wenig über die tatsächlich gelebten Unternehmenspolitiken aus. So ist die Idee entstanden, die großen Handelsketten anzuregen, selbst eine interne Unternehmenspolitik mit dem Ziel der „Stabilisierung der betrieblichen Mehrwegquote am Level von 2010“ zu beschließen und umzusetzen. So wie bei anderen betrieblichen Umweltprojekten, etwa nach dem Ökoprotit-Ansatz, sollen die Ketten dann Kennzahlen zur internen Mehrwegpräsenz und den beobachteten Trends am Point-of-Sale erheben, Schwachstellen und Erfolg versprechende Segmente identifizieren, dazu Maßnahmen entwickeln, umsetzen, evaluieren usw. Die Gespräche dazu laufen noch.

AUSBLICK

Vielleicht gibt der nahe Termin für den ersten Bericht an die Öffentlichkeit den nötigen Anstoß, dass die Ketten hier einen „mutigen Start“ wagen. Zu tun gäbe es genug: So ist eine bessere Kennzeichnung von Mehrweg – am Regal oder am Gebinde – für die KonsumentInnen dringend nötig. Manche Bierbrauer stehen schon bereit, um mit 0,3-Liter-Mehrweg-Glasflaschen in die Regale zu kommen. Rechtzeitig hat sich nun auch das Umweltministerium zur gewünschten Kampagne: „Sag’s am Mehrweg“ entschlossen. Die Vorbereitungen, auch für eine Relaunch von Mehrweg auf www.bewusstkaufen.at, laufen auf Hochtouren. Das wird auch dem Handel helfen. Die aktuellen Zahlen zur Mehrwegquote sind günstig: Denn der Rückgang soll nur 0,2 Prozentpunkte betragen. Die gewonnene Zeit sollte zum Durchstarten genutzt werden. □

EU-ENTSCHEIDUNGEN

ARA-MONOPOL UNTERSAGT

Die Entscheidung der EU-Kommission vom 16. Oktober 2003 (2004/208/EG) verhängte gegen das Sammelsystem der Altstoff Recycling Austria (ARA) Auflagen, die die Beibehaltung des Monopols unterbinden sollen. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:075:0059:0097:DE:PDF>



Dagegen klagte die ARA. Das Urteil des Gerichts vom 22. März 2011 (Rechtssache T-419/03) wies die Klage der ARA auf Nichtigerklärung dieser Entscheidung vollinhaltlich ab. Streithelfer zur Unterstützung der Kommission war die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (Wien). Das Urteil ist mittlerweile rechtskräftig. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:139:0015:0015:DE:PDF>

SCHWERPUNKT NACHHALTIGKEIT

Nachhaltigkeit gilt weithin als wichtig und in allen Bereichen erstrebenswert. Doch in der Realität des Neoliberalismus hat Nachhaltigkeit keinen Platz und wird durch viel heiße Luft ersetzt.



Verteilung

Seite 14

Verantwortung

Seite 18

Strategie

Seite 21

Viele Umweltprobleme sind nach wie vor ungelöst, etliche werden sogar größer. Eine der wesentlichen Ursachen dafür ist die Ungleichverteilung zwischen Vermögenden – den Hauptverursachern von Umweltverschmutzung – und den Armen, analysiert Sven Hergovich.

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist gut und mehr als notwendig. Seit zehn Jahren gibt es das CSR-Konzept. Paul Kolm arbeitet in seinem Beitrag heraus, dass CSR bei der Umsetzung vor allem verbindliche Regeln statt Freiwilligkeit braucht.

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes ist noch immer nicht beschlossen, weil über Strukturen und Verbindlichkeiten noch heftig gestritten wird. Das Parlament ist in den Prozess bislang überhaupt nicht einbezogen worden, kritisiert Werner Hochreiter.

Die globalen Treibhausgasemissionen haben ein neues Allzeithoch erreicht und auch der Ressourcenverbrauch steigt Jahr für Jahr weiter an. Solche Berichte lösen bei vielen Menschen das Gefühl aus, dass unser derzeitiges Wirtschaftssystem nicht mit wichtigen Umweltschutzzielen vereinbar ist. Stimmt dieses Gefühl? Was sind die Tatsachen?

VON SVEN HERGOVICH*

Umweltschutz in der neoliberalen Falle



ZUSAMMENFASSUNG:

Während Vermögende und Konzerne als Hauptverursacher von Umweltverschmutzung gelten, sind Ärmere von Umweltbelastungen besonders stark betroffen. Trotz zahlreicher Bemühungen sind viele Umweltprobleme nach wie vor ungelöst. Zeit zu hinterfragen, ob nicht auch strukturelle Systemänderungen notwendig sind. Denn mehr Umverteilung könnte einen wichtigen Beitrag für eine umweltfreundlichere Gesellschaft leisten.

*Sven Hergovich Bakk. ist Ökonom und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Durch die Wirtschaftskrise kommt der Umweltschutz unter Druck. Aber kann nicht mehr Effizienz unsere Umweltprobleme lösen? Tatsächlich gelingt es Jahr für Jahr, effizienter zu produzieren und neue noch umweltfreundlichere Technologien zu entwickeln. Wir brauchen immer weniger Energie, um die gleiche Menge an Wohlstand zu erwirtschaften, was nicht nur ein großer umweltpolitischer Erfolg ist. Damit das effizientere Produzieren von Gütern sich aber auch in tatsächlichen umweltpolitischen Erfolgen niederschlägt, müssen die Effizienzsteigerungen größer ausfallen als die Steigerung der Produktion des jeweiligen Gutes. Nur dann geht auch die tatsächliche Umweltbelastung zurück. In diesem Fall spricht man auch von absoluter Entkoppelung – im Unterschied zur relativen Entkoppelung (Kasten Seite 16).

Gelingt uns eine solche absolute Entkoppelung bereits oder benötigt diese eine Änderung unseres Wirtschaftssystems? Ein Blick in die Statistiken zeigt, dass einigen Ländern zumindest bei manchen Umweltindikatoren eine solche absolute Entkoppelung zu gelingen scheint. So konnte etwa Deutschland seine CO₂-Emissionen in den letzten Jahren deutlich senken. Dies gilt selbst dann, wenn man den Effekt der aktuellen Wirtschaftskrise und den Effekt der Deindustrialisierung in Ostdeutschland herausrechnet, wie KritikerInnen das fordern. Hierbei wird

eingewendet, dass dabei nur Emissionen von in Deutschland produzierten Gütern gemessen werden. Emissionen von in anderen Staaten produzierten, aber in Deutschland konsumierten Produkten werden nicht berücksichtigt. Allerdings gibt es derzeit keinen internationalen Konsens, die Zuordnung der Emissionen nach dem Konsum statt wie bisher nach der Produktion vorzunehmen. Aber Faktum bleibt, dass es Deutschland gelungen ist, insgesamt mehr Güter und Dienstleistungen bereitzustellen und dabei weniger Treibhausgase auszustoßen. Auch Großbritannien hat es trotz Wirtschaftswachstum geschafft, seine CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren – primär dadurch, dass Kohle- durch Gaskraftwerke ersetzt wurden.

Betrachtet man lokale Umweltprobleme, so lässt sich sogar feststellen, dass diese mit steigender Wirtschaftskraft leichter zu lösen sind. So ist etwa die Wasserqualität des Rheins heute viel besser als noch vor 50 Jahren. Dies liegt daran, dass wohlhabende Staaten über mehr finanzielle Mittel verfügen, die sie eben auch in den Umweltschutz investieren können. Überhaupt konnten gerade im Bereich der Wasserreinigung deutliche Fortschritte erzielt werden. Leider ist der Effekt, dass steigender Wohlstand mehr Umweltschutz ermöglicht, nur für lokale Umweltprobleme, wie z. B. die Wasserqualität in Seen, beobachtbar.

weiter auf Seite 16 →



Bunte Wirtschaftswelt? Wird der Umweltschutz durch den Neoliberalismus ausgebootet?

WOHLSTANDSINDIKATOREN BIP UND ÖKOLOGISCHER FUßABDRUCK

Das Bruttoinlandsprodukt BIP misst, wie viele Güter und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft in einem Jahr produziert werden und ist damit eine Maßzahl für die Wirtschaftskraft eines Staates. Als Maßzahl für den Wohlstand eines Landes geriet das BIP aber mehr und mehr in die Kritik, weil es viele andere wichtige Faktoren wie zum Beispiel die Verteilung des Wohlstandes, politische Partizipationsmöglichkeiten, die Lebenserwartung und den Bildungsstand der Bevölkerung, die Kriminalitätsraten oder eben auch den Zustand der Umwelt unberücksichtigt lässt.

Die vom französischen Präsidenten eingesetzte Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission sollte deshalb untersuchen, mit welchen Indikatoren Wohlstand besser gemessen werden kann. Die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission empfahl unter anderem, keinen einzelnen Indikator zu wählen, sondern mehrere verschiedene Indikatoren zur Messung der unterschiedlichen Dimensionen von Wohlstand zu verwenden.

Ein Indikator, der zur Messung der ökologischen Nachhaltigkeit diskutiert wird, ist der ökologische Fußabdruck. Der 1994 von Mathias Wackernagel und William Rees entwickelte ökologische Fußabdruck ist ein Konzept zur Messung der Größe des menschlichen Einflusses auf die Umwelt, wobei jeweils Flächenwerte in Hektar pro Jahr angegeben werden. Dabei wird errechnet, welche Fläche notwendig ist, um den eigenen Lebensstil dauerhaft zu ermöglichen. Dabei wird die Fläche, die notwendig ist, um die jeweils konsumierten Produkte zu produzieren, integriert. Außerdem wird die Waldfläche, die theoretisch zur Bindung der pro Person emittierten Treibhausgase nötig ist, hinzugechnet. Obwohl das Konzept eher als grobe Abschätzung denn als exakte Maßzahl interpretiert werden sollte, bietet es doch einen guten Überblick über die Ressourcenintensität

verschiedener Lebensstile. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass auch der ökologische Fußabdruck soziale und ökonomische Probleme nicht berücksichtigt.

Wer seinen ökologischen Fußabdruck testen will, kann das unter folgender Internetadresse tun:

<http://www.fussabdruck.at/>



SCHWERPUNKT NACHHALTIGKEIT

→ Betrachtet man hingegen globale Umweltprobleme, so zeichnet sich ein düsteres Bild ab. So steigen die CO₂-Emissionen weltweit, trotz der beachtlichen Erfolge in Ländern wie Deutschland oder Großbritannien, weiterhin an. Das Umweltprogramm der UNO (UNEP) stellt nach einer weltweiten Betrachtung von 90 umweltpolitischen Zielen fest: Die Lage hat sich nur bei vier Zielen deutlich verbessert, bei 40 gab es einige Verbesserungen, bei 24 kaum bis keinen Fortschritt, acht haben sich sogar verschlechtert und bei 14 konnte mangels Daten keine Aussage getroffen werden.

TECHNISCHER FORTSCHRITT ALLEIN IST ZU WENIG

Bei vielen dieser Probleme zeigt sich, dass technische Innovationen alleine nicht immer ausreichen, um ökologische Probleme zu lösen. Hier kommt der so genannte Rebound-Effekt ins Spiel (Kasten Seite 17). Verbraucht etwa ein neues Gerät aufgrund einer technologischen Innovation deutlich weniger Energie, so kann diese Ersparnis auch dazu genutzt werden, das entsprechende Gerät ausgiebiger zu benutzen. Diese verstärkte Nutzung von energiesparenden Geräten macht aber einen Teil des erhofften Energiespareffektes wieder zunichte. Technologische Lösungen werden immer einen wichtigen Beitrag zu mehr Umweltschutz leisten. Gleichzeitig verlangt die Lösung umweltpolitischer Probleme aber auch flankierende (wirtschafts-)politische Maßnahmen. Dabei

muss sichergestellt sein, dass diese nicht zu Lasten der Schwächeren gehen: Diese tragen heute schon die Hauptbelastung der Umweltverschmutzung, während sie zu deren Verursachung kaum etwas beitragen. So leiden finanziell benachteiligte Familien, v.a. die Kinder, etwa besonders häufig an durch Luftverschmutzung ausgelöste Atemwegserkrankungen. Die durch den vom Menschen verursachten Klimawandel vermehrt auftretenden extremen Wetterereignisse machen insbesondere den Ärmsten zu schaffen, z. B. Überschwemmungen in Bangladesch, da diese meist wenig mobil und dem Wetter am schutzlosesten ausgeliefert sind.

ÄRMERE STARK BETROFFEN

Aber nicht nur auf globaler Ebene sind die Ärmsten besonders stark von Umweltverschmutzung betroffen. Auch im vergleichsweise wohlhabenden Europa zeigt sich, dass Kinder, die in finanziell benachteiligten Familien aufwachsen, besonders häufig unter Luftverschmutzung und den dadurch ausgelösten gesundheitlichen Problemen leiden. Weiters sind ärmere Kinder häufiger von Lärmbelastung betroffen. Das liegt unter anderem daran, dass monetär benachteiligte Familien besonders oft in Wohngedengenden mit hoher Luftverschmutzung und starker Lärmbelastung leben müssen. Deutsche Studien weisen sogar darauf hin, dass bei gesellschaftlich benachteiligten Kindern höhere Konzentrationen des Umweltgiftes Blei im Blut nachweisbar sind. Hier zeigt sich, dass umweltpolitische Maßnahmen auch eine wichtige sozialpolitische Komponente aufweisen: Gerade die Ärmsten der Armen haben die geringsten Möglichkeiten Umweltbelastungen zu vermeiden. Das ist besonders ungerecht, weil Umweltprobleme sehr stark von überdurchschnittlich wohlhabenden

ENTKOPPELUNG

Was unterscheidet relative und absolute Entkoppelung? Von relativer Entkoppelung spricht man, wenn es gelingt, die Umweltauswirkungen pro erzeugte Menge zu reduzieren. Wird gleichzeitig mehr produziert, so kann die Umweltbelastung aber trotzdem steigen. Von absoluter Entkoppelung spricht man hingegen, wenn die Umweltauswirkungen insgesamt zurückgehen.

und vermögenden Personen verursacht werden. Diese erzeugen durch ihr Mobilitätsverhalten höhere Emissionen und verbrauchen deutlich mehr Energie.

Aber auch Großkonzerne leisten ihren Beitrag zur Verschärfung vieler Umweltprobleme. Selbst wenn die Kosten der Umweltverschmutzung die Profite übersteigen, wird dies häufig nicht berücksichtigt, weil sie (z.B. die Behandlung von Atemwegserkrankungen, der Wiederaufbau nach Unwetterschäden, die Reinigung von verschmutztem Wasser) die Allgemeinheit zu tragen hat, während die Profite in die Taschen weniger Profiteure wandern. Diese Beobachtung veranlasste James K. Boyce dazu zu zeigen, dass ungleiche Machtverteilungen tendenziell zu mehr Umweltverschmutzung führen.

Verstärkt wird dies noch dadurch, dass im Neoliberalismus nur der kurzfristige Profit wichtig und viele langfristig für die Gesellschaft rentable Investitionen nicht interessant sind. Daher bringen einige Firmen Produkte auf den Markt, die so konstruiert sind, dass sie besonders schnell kaputt werden. Dieses Phänomen ist unter dem Namen „geplante Obsoleszenz“ bekannt und geht nicht nur zulasten des Budgets des Käufers, sondern sorgt auch für einen höheren Ressourcenverbrauch und für mehr Umweltbelastung.

UNGLEICHHEIT BESEITIGEN

Auch deshalb kann man sich die Frage stellen, ob wirtschaftspolitische Maßnahmen wie etwa eine verstärkte Umverteilung nicht auch positive Effekte auf die Umwelt hätten. Studien zeigen,

” DIE NEOLIBERALE POLITIK IST DER
HAUPTVERURSACHER VON UMWELT-
VERSCHMUTZUNG.

Umwelt

Überblick über die soziale Verteilung von Umweltbelastungen bietet das deutsche Umweltbundesamt: www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?sessionId=F8561B571118342833544A0AD573B536?nodeId=5717

Arbeit

Der Ökonomenobelpreisträger Joseph E. Stiglitz analysiert, warum die Arbeitszeiten nicht deutlich stärker reduziert wurden. www2.gsb.columbia.edu/faculty/jstiglitz/download/papers/2007_General_Theory_Consumerism.pdf

Ungleichheit

Die Ökonomen Simon Storn und Till van Treeck untersuchen, warum steigende Ungleichheit sowohl für die aktuelle Wachstumsschwäche als auch für Umweltprobleme verantwortlich ist. <http://diezukunft.at/?p=1486>

EFFIZIENZMASSNAHMEN REBOUNDEFFEKT

Es ist wie beim Basketball, wenn der Ball vom Korb zurückschlägt. Bei Effizienzmaßnahmen spricht man vom Reboundeffekt, wenn das erwartete Einsparungspotential nicht oder nur teilweise realisiert werden kann, weil die Effizienzmaßnahmen zu einem höheren Verbrauch führen. Dabei muss zwischen direktem und indirektem Reboundeffekt unterschieden werden. Der direkte Reboundeffekt kann dabei folgendermaßen erklärt werden: Geräte, Maschinen oder Fahrzeuge mit einem geringeren Verbrauch führen dazu, dass weniger Geld für Strom oder Treibstoff ausgegeben wird. Dies verleitet dazu, dass mit dem ersparten Geld mehr Strom oder Treibstoff gekauft und somit verbraucht wird,



was einen Teil der Effizienzgewinne zunichte macht.

Vom indirekten Reboundeffekt spricht man, wenn das aufgrund von Effizienzmaßnahmen gesparte Geld dafür verwendet wird, Energie fressende oder andere umweltschädliche Produkte zu kaufen. Grundsätzlich ist die Existenz des Reboundeffektes nicht umstritten, wohl aber dessen Bedeutung. Trotz Reboundeffekt bleiben aber Energiesparmaßnahmen nicht nur für die eigene Geldbörse, sondern auch für die Umwelt sehr hilfreich. Die Berücksichtigung des Reboundeffektes legt jedoch nahe, dessen Bedeutung nicht zu überschätzen.



” UMVERTEILUNG LEISTET EINEN BEITRAG ZU EINER SOZIAL GERECHTEREN UND UMWELTFREUNDLICHEREN GESELLSCHAFT.

dass Länder mit einer egalitäreren Einkommens- und Vermögensverteilung deutlich ökologischer sind, weil diese Gesellschaften als fairer und gerechter empfunden werden. BewohnerInnen eines Staates, die ihre Gesellschaft als gerecht empfinden, sind eher bereit, weniger egoistisch zu agieren und sich – etwa durch besonders umweltbewusstes Verhalten – mehr für die Gemeinschaft einzusetzen.

UMVERTEILUNG HILFT

So wird in gleicheren Gesellschaften z.B. deutlich mehr Müll recycelt. Studien konnten sogar nachweisen, dass in Ländern mit einer besonders gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung deutlich weniger (Ur-)Wald gerodet wird. Noch größeren Einfluss hat aber, dass ungerechte Einkommens-

und Vermögensverteilungen sinnvolle ökologische Maßnahmen wie etwa Arbeitszeitverkürzungen verhindern. In ungleichen Gesellschaften ist der Druck sehr stark, den eigenen Status in der Gemeinschaft über sehr lange Arbeitszeiten zu halten. Daher ist die jährliche Arbeitszeit in ungleichen Ländern im Schnitt um mehr als 400 Stunden länger als in Gesellschaften mit einer egalitäreren Einkommens- und Vermögensverteilung. Dabei könnten Arbeitszeitverkürzungen unter sonst gleichen Bedingungen neben vielen positiven sozialen Auswirkungen auch die Umweltbelastung deutlich reduzieren. Eine stärkere Umverteilung von Einkommen und Vermögen kann daher nicht nur einen Beitrag zu einer sozial gerechteren, sondern auch zu einer umweltfreundlicheren Gesellschaft leisten. □

Programm

UNEP ist das Umweltprogramm der Vereinten Nationen. Das 1972 gegründete Programm mit Sitz in Nairobi/Kenia koordiniert die umweltrelevanten Tätigkeiten der UNO. www.unep.org



Bericht

GEO heißen die Umwelt-Berichte der UNEP über den globalen Zustand der Umwelt. www.unep.org/geo/pdfs/geo5/GEO5_report_full_en.pdf

Zehn Jahre nach dem EU-Grünbuch zu Corporate Social Responsibility veröffentlichte die EU-Kommission im Herbst 2011 „Eine neue EU-Strategie (2011–2014) für die soziale Verantwortung von Unternehmen (CSR)“. Im Kern nichts Neues. Denn trotz Betonung, dass CSR als Teil der betrieblichen Kernstrategie zu verstehen ist, bleibt Freiwilligkeit das Paradigma. **VON PAUL KOLM***

CSR: Verantwortung braucht Regeln



ZUSAMMENFASSUNG:

Zehn Jahre Erfahrung mit CSR zeigen, dass dieses Konzept die negativen Auswirkungen neoliberalen Wirtschaftens auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene nicht korrigieren kann. Oft ist CSR eine Seifenblase. Wenn aber Unternehmen Gutes tun und dabei auch wirtschaftlich erfolgreich sind, handeln sie durchaus marktkonform. Gleichzeitig wird CSR benützt, um notwendige Regulative zum Schutz von Mensch und Natur zu verhindern.

*Univ.Do. Dr. Paul Kolm ist Sozialwissenschaftler, ehem. Leiter der Abt. Arbeit und Technik der GPA-djp, ÖGB-Vertreter im ÖkoBusinessPlan Wien, Mitglied des Forum Nachhaltiges Österreich und im Vorstand von NeSoVe.

Solange Freiwilligkeit die Basis von CSR ist, kann nicht erwartet werden, dass CSR irgendeinen Beitrag zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise leistet. Die durch die Liberalisierung und Deregulierung der Arbeitsbeziehungen wachsenden Anteile prekarierteter Arbeit oder die durch den enorm gestiegenen Leistungsdruck gefährdete Gesundheit der ArbeitnehmerInnen oder der durch Flexibilisierungen aller Art gefährdete soziale Zusammenhalt werden durch CSR kaum beeinflusst. Auch der Umwelt- und Klimaschutz bedarf anderer Instrumente, um die gegenwärtige Stagnation zu überwinden.

In Österreich wird gesellschaftlich verantwortliches Handeln von Unternehmen, das freiwillig über gesetzliche oder normative Grundlagen hinausgeht, vom Verein „respACT Austria“ gefördert, der von der Wirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung und vom Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftsministerium unterstützt wird.

RespACT hat etwa 260 Unternehmen als Mitglieder. Auf der Homepage des Vereins ist das CSR-Profil dieser Firmen abrufbar. Die Grenze zwischen Freiwilligkeit und Beliebigkeit ist fließend. Dazu einige Beispiele:

ANDRITZ HYDRO GMBH

Das Unternehmen lieferte elektromechanische und hydraulische Ausrüstung

für das Wasserkraftwerk Tsankow Kamak in Bulgarien. Für die ökologische Bedeutung des Projekts wird angeführt, dass im Rahmen der Finanzierung CO₂-Zertifikate an die österreichische Bundesregierung verkauft und übertragen werden konnten.

Österreich kann sich um den Wert dieser Zertifikate von konkreten Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase in unserem Land freikaufen. Die Andritz Hydro GmbH ist eine Sparte des Grazer Andritz Konzerns, der beim Ilisu Staudamm in der Türkei und dem Belo Monte Staudammprojekt in Brasilien alles andere denn CSR-konform agiert.

ASFINAG

„Intelligente Straßen für mehr Sicherheit“ fallen unter die CSR-Aktivitäten. Oder auch ökologische Ausgleichsmaßnahmen beim Neubau der S1 wie zum Beispiel Wildschutzzäune und Amphibientunnel.

Die ASFINAG vergisst nur hinzuzufügen, dass diese Maßnahmen Bestandteil der Ausschreibungen sind.

BONUS PENSIONS KASSEN AG

Dieses Unternehmen verweist auf die betriebliche Gesundheitsförderung und die Sanierung des Bürogebäudes (Wärmedämmung).

Die Pensionskassen werden völlig



Süß ist die Versuchung, CSR nur zur Imagepflege einzusetzen

kontraproduktiv für das Sozialversicherungssystem steuerlich bevorzugt. Dafür haben die PensionsbezieherInnen bzw. -anwärterInnen auch 2011 auf Grund verfallender Aktienkurse bei den Veranlagungen Verluste hinnehmen müssen.

DANONE GMBH

Die Mission von Danone ist, Gesundheit durch Ernährung möglichst vielen Menschen nahe zu bringen. In der Zusammensetzung der Produkte die Erkenntnisse der modernen Ernährungswissenschaft zu berücksichtigen, ethische Leitlinien der Kommunikation im Hinblick auf Kinder.

Danone wurde in Österreich und Deutschland mit Klagen von Verbraucherorganisationen wegen irreführender Werbung belangt. Foodwatch verlieh 2009 der Firma den „Goldenen Windbeutel“ für die dreisteste Werbelüge des Jahres.

GENERALI VERSICHERUNGS AG

Die Versicherung führt an, dass sie Patin von SOS Kinderdörfern und Partnerin der österreichischen Bergrettung ist. Die Generali Foundation ist ein gemeinnütziger Kunstverein.

Keine Aktivität hat mit dem Kerngeschäft zu tun, geht es doch hier ausschließlich um Imagebildung.

DONAU CHEMIE AG

Das Unternehmen führt Produktlinien zur Trinkwasseraufbereitung oder auch hochwertige Naturkosmetik als ökologische Aktivitäten an. Energieeffizienz ist ein Thema. Hohe Sicherheitsstandards sind über dem Durchschnitt und den gesetzlichen Erfordernissen.

Primär handelt es sich um ganz normale Marktaktivitäten in Sektoren mit wachsender Nachfrage. Hohe Sicherheitsstandards in einem großen Chemie-

NETZWERK

SOZIALE VERANTWORTUNG

Das Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) ist ein Netzwerk von NGOs und ArbeitnehmerInnenvertretungen, das die Anspruchlosigkeit der gesteckten Ziele der im CSR-Bereich tätigen Unternehmen kritisiert und den Widerspruch zwischen behaupteten und gut vermarkteten Errungenschaften und der gar nicht so beeindruckenden Praxis sieht. NeSoVe fordert die Implementierung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien als Grundprinzipien unternehmerischen Handelns. Ziel ist die Festlegung verbindlicher anspruchsvoller Kriterien für freiwillige CSR-Maßnahmen gepaart mit der Überprüfung und gegebenenfalls Veränderung bereits bestehender gesetzlicher Regelungen für alle Unternehmen auf nationaler, EU- und internationaler Ebene. www.sozialeverantwortung.at

” CSR SCHWÄCHT DEMOKRATISCHE ENTSCHEIDUNGSFINDUNG ... DIE (ENTRECHTETE) BÜRGERIN WIRD DURCH DEN ‚STAKEHOLDER‘ ERSETZT.

CORPORATE WATCH REPORT, 2006

EU und CSR

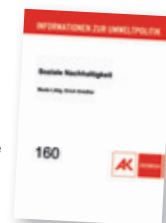
„Nur wenn die geltenden Rechtsvorschriften und die bestehenden Tarifverträge zwischen den Sozialpartnern eingehalten werden, kann CSR wahrgenommen werden.“ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0681:FIN:DE:PDF>

Unternehmensgerechtigkeit

Die European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) vereint NGOs, Verbraucherschutzorganisationen, Gewerkschaften und akademische Institutionen aus 15 Ländern. www.corporatejustice.org

Nachhaltigkeit

Was bedeutet „Soziale Nachhaltigkeit“? Siehe dazu die AK-Studie zur Umweltpolitik Nr. 160: <http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=1412>



AK-ANTRAG ZUR CSR-BERICHTERSTATTUNG

GESETZLICHE STANDARDS SIND NÖTIG



„Gesetzlich standardisierte, veröffentlichungspflichtige Nachhaltigkeitsberichterstattung in Sozial-, Umwelt- und Gleichbehandlungsfragen“ verlangt ein im Frühjahr an die Vollversammlung der AK Wien gestellter Antrag, der derzeit noch im Ausschuss für Wirtschaftspolitik behandelt wird. In einem ersten Schritt wird darin gefordert, dass Aktiengesellschaften, aufsichtsratspflichtige Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GesmbH),

Unternehmen im öffentlichen Eigentum sowie öffentliche Dienstleister, das heißt auch Universitäten, Schulen, Behörden, Ämter, einer gesetzlich verbindlichen, standardisierten Offenlegungspflicht zu nichtfinanziellen Leistungsindikatoren in Sozial-, Umwelt- und Gleichbehandlungsfragen unterliegen müssen. Bei Verstößen gegen die Offenlegungspflichten sind entsprechende Sanktionen vorzusehen. Eine Beschlussfassung ist im Oktober 2012 zu erwarten.

→ unternehmen sind löblich und machen sich ohnedies bezahlt.

NOVOMATIC AG

Novomatic unterstützt den verantwortungsvollen Umgang mit dem Spiel, fördert Kulturinitiativen und den Sport.

Der Wolf im Schafspelz mit viel Marketing. Auch im Parlamentsausschuss, der heuer die großen Korruptionsfälle der letzten Jahre untersucht, hat Novomatic keine gute Figur gemacht (für die Akteure gilt die Unschuldsvermutung).

OMV AG

Das Unternehmen verweist auf Community Development Projekte in Pakistan, das jährlich stattfindende Stakeholder Forum und den OMV Future Energy Fund, mit Projekten zu erneuerbarer Energie, Energieeffizienz sowie Reduktion der Treibhausgasemission bei der Gewinnung fossiler Energie.

Der Future Energy Fund hat eine Doppelfunktion: Einerseits ist er eine Reaktion auf den öffentlichen Druck auf die Ölfirmen, andererseits dient er zur Vorbereitung auf ein international wachsendes Geschäftsfeld. Wie andere Firmen aus der Branche hängt sich auch

die OMV gerne ein grünes Mäntelchen um. Auf dem Stakeholder Forum stellt die OMV ihre Nachhaltigkeitsberichte vor. Auf die Forderungen eines Vertreters des Netzwerks Soziale Verantwortung (NeSoVe) nach externer Evaluierung meinte der Vorstandsvorsitzende, er sehe darin keinen Mehrwert für die OMV.

TELEKOM AUSTRIA GROUP

Die Telekom Austria beschäftigt sich mit dem verantwortungsvollen und kompetenten Umgang mit digitalen Medien, insbesondere bei Kindern.

Betriebsräte berichten über den gesundheitsgefährdenden Leistungsdruck bei Telekom. Die Rolle der Telekom Austria bei der Parteifinanzierung des BZÖ war beim erwähnten Parlamentsausschuss ebenfalls Thema.

WIENER BÖRSE AG

Die Wiener Börse vergibt den Corporate Governance Preis und bietet im Kerngeschäft nachhaltige Investmentmöglichkeiten an.

Das Unternehmen ist nach eigenen Angaben die zentrale Institution des österreichischen Kapitalmarkts und damit

auch ein Hort des Spekulationswesens. Das nachhaltige Investment ist eine Marktaktivität, übrigens nicht unumstritten, weil schwer überprüfbar.

Das Bild, das die angeführten Beispiele zeigen, ist nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, dass es keine oder nur unverbindliche Standards für CSR gibt und keine Benchmarks, die einen Vergleich zulassen würden. Es gibt keine Gewähr, dass Verantwortung ganzheitlich gelebt wird und sich nicht auf bloße Imagebildung beschränkt. Erfasst die CSR-Politik eines Unternehmens doch einmal das Kerngeschäft, so ist der Unterschied zu „normalen“ Marktaktivitäten in der Regel nicht nachweisbar. Eine unabhängige Evaluierung der Angaben der Unternehmen ist nicht vorgesehen.

CSR-Kritiker wie das Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) oder die Arbeiterkammer verlangen daher nachdrücklich, dass CSR nur dann zu einer bestimmten Glaubwürdigkeit verholfen werden kann, wenn ein entsprechender regulativer Rahmen und verbindliche Regeln geschaffen werden. Ob der von der Bundesregierung im Rahmen der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie vorgesehene nationale CSR-Aktionsplan diese Innovation bringen wird, kann bezweifelt werden. Zwar sind Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialministerium am Werk, die Art und Weise des Dialogs mit der Zivilgesellschaft erinnert allerdings frappant an die von manchen Unternehmen organisierten Stakeholderveranstaltungen: Beliebigkeit in der Diskussion, alles wird protokolliert, aber die beteiligten NGOs haben keinerlei exekutierbaren Einfluss auf die Entscheidungen.

CSR bleibt so oder so eingebettet in die derzeit neoliberal geprägte Ökonomie. Das Ausmaß von CSR-Aktivitäten ist abhängig vom erwarteten Erfolg als Wettbewerbsvorteil. Ein sehr eingeschränktes Konzept für die soziale und ökologische Orientierung in der Auseinandersetzung mit einem oft schrankenlosen Profitstreben. Die Schranken muss die Politik setzen. □

Einbindung

Schaffung einer Verpflichtung von Unternehmen, die Stakeholder bei der Auswahl, Implementierung und Kontrolle von Corporate Social Responsibility-Maßnahmen einzubinden.

Förderung

Mit Anreizen für CSR-Aktivitäten sollte man vorsichtig umgehen. Eine finanzielle Förderung sollte ausschließlich an die Erfüllung von anspruchsvollen und selektiven Anforderungen geknüpft werden.

Haftung

Unternehmen und deren Letztverantwortliche (Vorstand, Aufsichtsrat, etc.) sollen für negative Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf Umwelt und/oder Gesellschaft haften.

Eigentlich hätte die neue Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (NStratNEU) schon in diesem Sommer beschlossen sein sollen. Daraus ist nichts geworden. Schwierigkeiten sind aufgetaucht. Der Ministerratsbeschluss lässt noch immer auf sich warten. Wird die neue Strategie halten können, was man sich von ihr erwartet?

VON WERNER HOCHREITER*

Nachhaltigkeit auf österreichisch

Erst vor kurzem hat Thomas Ritt hier die Ausgangslage, Gründe und den Prozess erläutert, warum die bis heute geltende Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes aus 2002 (NStratALT) überarbeitet werden muss (Wirtschaft & Umwelt 4/2011 – Nachhaltigkeit Reloaded). Er war auch vorsichtig optimistisch, dass es diesmal gelingen könnte. Doch es ist wieder anders gekommen. Der ursprüngliche Plan, die neue Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (NStratNEU) noch vor dem

Sommer im Ministerrat zu beschließen, musste schon im Frühjahr 2012 fallen gelassen werden. Der Zeitplan für die zehn Workshops und das Zusammenführen der Texte in einem Gesamtdokument war einfach nicht zu halten. Daher wollte man dann die NStratNEU in Ruhe fertig verhandeln, um sie dann im Sommer vom Ministerrat beschließen zu lassen.

Doch beschlossen ist sie immer noch nicht. Dem Vernehmen nach hat das Kabinett von Vizekanzler Spindelegger den Prozess vorerst gestoppt: Das zwischen
weiter auf Seite 22 →

ZUSAMMENFASSUNG

Die neue Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes sollte noch vor Rio+20 fertig stehen. Doch die Ministerbüros konnten sich nicht einigen. Zudem sind die Strukturen und Verbindlichkeiten für die künftige Zusammenarbeit nicht klar. Wieso ist das Parlament in die nationalen Nachhaltigkeitsprozesse überhaupt nicht einbezogen?



SCHWERPUNKT NACHHALTIGKEIT

→ Bundeskanzleramt und dem Umweltministerium ausgehandelte Dokument sei zu „sozialistisch“ und außerdem zu lang. Mittlerweile sind auch alle Teilnehmer des Prozesses offiziell informiert worden, dass die Verhandlungen auf der Ebene der Ministerbüros keine Einigung gebracht haben. Mit September werde bekannt gegeben, wie es weitergehen soll. Einen neuen Endtermin für die Beschlussfassung im Ministerrat gebe es noch nicht.

Kurzum: Die österreichische Delegation musste also Mitte Juni ohne NStratNEU zur UN-Nachhaltigkeitskonferenz nach Rio fahren. Rio+20 hat das sicher keinen Abbruch getan. Die kleine österreichische Peinlichkeit, dass wir immer noch nicht über eine anerkannte Strategie des Bundes verfügen, ist wohl hinter den durchwachsenen Ergebnissen von Rio+20 verblasst. Umweltminister Belakovich hat auch nicht deswegen seine Teilnahme in Rio abgesagt. Dafür seien die aus österreichischer Sicht dürftigen Verhandlungsergebnisse im Vorfeld des Gipfels verantwortlich – so die offizielle Kommunikation.

STILLSTAND

Der Rechnungshof hat anlässlich seines Berichts „Nachhaltige Entwicklung in Österreich“ festgestellt, dass die NStratALT schon ab 2007, dem Beginn der Arbeiten an der ÖStrat – der gemeinsamen Bund-Länder-Plattform mit gleichnamiger Strategie – nicht mehr weiterentwickelt worden ist. Die NStratALT hat einfach niemand ernst genommen. Ihr fehlte von Anfang an die politische Legitimation: Eine von der WU-Wien 2002 erstellte Evaluation listet all die Änderungen auf, die am ExpertInnenentwurf für die NStratALT in letzter Minute – auf Drängen einer der beiden

politischen Parteien in der schwarz-blauen Koalition – in der abschließenden politischen Koordination auf Kabinettscherebene vorgenommen worden waren. Wichtige Ziele oder Maßnahmen fehlten plötzlich, stattdessen fanden sich gar Textpassagen aus der damaligen Koalitionsvereinbarung. Die Mitarbeiter der Redaktionsgruppe für den Expertenentwurf sahen darin einen Bruch der Arbeitsspielregeln, so die Evaluation höflich.

EVALUIERUNG

Insider sprechen unverblümt aus, dass der Entwurf eine „politische Totgeburt“ war. Die WU-Evaluation empfiehlt dann auch lakonisch: „Für künftige Projekte bleibt zu überlegen, wie der Übergang zwischen Entwurf und politischem Grundsatzpapier effizienter, transparenter und zielorientierter organisiert werden könnte.“ Sprich: Was die Ministerbüros schlussendlich als Text vereinbaren, soll für die Experten, die vorher dran gearbeitet haben, nachvollziehbar bleiben.

Eine NStratNEU ist also sicher nötig. Doch die aktuellen Entwicklungen werfen die Frage auf, ob man aus den damaligen Erfahrungen genug gelernt hat. Die Neuausarbeitung der NStrat ist im Regierungsprogramm fix vereinbart. Dafür hatte sich die AK sehr eingesetzt. Den förmlichen Auftrag erteilte der Ministerrat bereits im Sommer 2010, die konkreten Arbeiten (Kasten Seite 23) haben dann aber erst im November 2011 begonnen. An den zehn Workshops – einer je Handlungsfeld – haben insgesamt rund 100 ExpertInnen aus Ministerien und Sozialpartnerorganisationen teilgenommen. Ende Juni hat das „Komitee nachhaltiges Österreich“ (KNHÖ – Gremium zur Abstimmung zwischen allen Ministerien und Sozialpartnern) das Gesamtdokument abgesegnet. Die zehn Leitbilder und die zugehörigen Zielsetzungen waren praktisch ganz abgestimmt. Lediglich in einigen Handlungsansätzen – vornehmlich zu brisanten sozial- und wirtschaftspolitischen Themen wie z. B. Arbeitszeitverkürzung – wollte man die endgültige

NACHHALTIGKEIT ANFORDERUNGEN

„Nachhaltige Entwicklung ist jene Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“. So hat es 1987 die World Commission on Environment and Development der UNO („Brundtland-Kommission“) definiert und war 1992 Basis für die Agenda 21, das am Weltgipfel in Rio verabschiedete weltweite Aktionsprogramm. Nachhaltigkeit erfordert einen politischen Ausgleich zwischen Mensch und Umwelt, der gegenwärtigen und den künftigen Generationen, Arm und Reich. Politikansätze dafür müssen langfristig sein und die ökonomischen, ökologischen und sozialen Fragen („drei Säulen der Nachhaltigkeit“) integriert behandeln. Die Umsetzung bedeutet meist das Bohren harter Bretter ...



*Mag. Werner Hochreiter ist Jurist und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.



NStratNEU

ÖSTERREICHS NEUE STRATEGIE

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes, die NStratNEU, orientiert sich an den drei Nachhaltigkeitsdimensionen – Ökologie, Ökonomie und Soziales – und leitet daraus zehn Handlungsfelder ab:

1. Nachhaltiges Denken und Handeln
2. Stabilität, Krisenfestigkeit, Zukunftsfähigkeit und Innovationsfähigkeit
3. Lebensqualität und qualitatives Wachstum und Ressourcenschonung
4. Gesicherter Lebensunterhalt und sozialer Zusammenhalt
5. Gleiche Lebenschancen

6. Naturraumfunktionen und Ökosystemleistungen
7. Zukunftsfähige Energiesysteme
8. Zukunftsfähige Mobilität
9. Perspektiven der örtlichen und räumlichen Entwicklung
10. Globale Verantwortung

Zu jedem Handlungsfeld sollen jeweils Leitbilder, Ziele und Maßnahmenansätze erarbeitet werden. Dies plus allgemeine Erwägungen zur Umsetzung und Evaluation soll dann Grundlage für die Entwicklung konkreter Maßnahmen für ein Arbeitsprogramm sein.

Formulierung der politischen Koordination auf Kabinettssebene überlassen.

Doch die ist aus dem Ruder gelaufen. Offenkundig steht weit mehr als die zuletzt im Dissens verbliebenen Passagen, vielleicht sogar der Text als Ganzes, in Frage. Dem Vernehmen nach findet sich die Wirtschaftskammer im Text nun nicht ausreichend, obwohl ihre ExpertInnen immer beigezogen waren. Selbstverständlich haben auch wir aus AK-Sicht bis zuletzt Wünsche geäußert. Die im Dissens verbliebenen erwähnten Handlungsansätze gehören auch dazu. Aber diese Wünsche waren nicht mit der Vorstellung verbunden, dass sonst der Text als Ganzes abgelehnt werden müsste. Klar ist, dass solche Prozesse immer ein Zugehen auf einander brauchen. Wenn es nicht gelingt ein Ziel, z.B. in 20 Jahren, konkret zu vereinbaren, so sollte man wenigstens Vereinbarungen treffen, die ein Losstart ermöglichen. Fachlich ist es ohnedies oft schwierig, Ziele weit im Voraus zu bestimmen. Da macht es mehr Sinn, „sich auf den Weg zu machen“ im Vertrauen darauf, dass das Ziel dann unterwegs deutlicher wird. Das gilt sicher auch für die „Nachhaltigkeit“ und das Ringen um den Weg dorthin. So ist auch die Kritik zu sehen, die das Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) am Text-

entwurf geäußert hat, vornehmlich die Forderung nach mehr Transparenz und Beteiligung der Zivilgesellschaft. Weniger wichtig scheint mir, ob die einzelnen Handlungsfelder „perfekt abgearbeitet“ sind.

Und wie schauen die Strukturen und Verbindlichkeiten für die künftige Zusammenarbeit aus? Schon der Ministerratsbeschluss vom August 2012 zeigt, dass nicht bloß eine Strategie, sondern auch ein Arbeitsprogramm erstellt werden sollen. Eine Strategie ohne Ziele, Umsetzung und Evaluation macht keinen Sinn. Auch der Rechnungshof ist 2010 davon ausgegangen, dass der Bund ein eigenes Arbeitsprogramm entwirft.

WIDERSTÄNDE

Mit fortschreitender Arbeit an der Strategie hat sich aber gezeigt, dass ein solches gar nicht angepeilt wird. Vielmehr sollte das ÖStrat-Arbeitsprogramm auch der Umsetzung der NStratNEU dienen. Der Gedanke ist nicht abwegig, zumal die

Vervielfachung der Strategien in einem kleinen Bundesstaat kaum einen Mehrwert bringt. Die ÖStrat als gemeinsame Nachhaltigkeitsplattform für Bund und Länder könnte unter bestimmten Voraussetzungen natürlich auch als Plattform für die Umsetzungsschritte auf Bundesebene dienen. Dies gilt umso mehr als das 2009 von der Landeshauptleutenkonferenz bzw. 2010 vom Ministerrat beschlossene Strategiedokument der ÖStrat gar keine eigenen Ziele formuliert, sondern sich den Zielen der NStrat und der EU-Nachhaltigkeitsstrategie verpflichtet. Problematisch ist aber, dass in der Nachhaltigkeitskoordinationskonferenz (NHKK), dem Steuerungsgremium der ÖStrat, nur die Länder sowie Bundeskanzleramt und Umweltministerium vertreten sind, während die übrigen Ministerien wie die Sozialpartner sich nur im Wege des KNHÖ einbringen können. Die Forderung, den übrigen Ministerien und den Sozialpartnern auch hier einen, direkten Zugang zu verschaffen ist aber auf unerwarteten

weiter auf Seite 24 →



WARUM SPRICHT NIEMAND DARÜBER, DASS DAS PARLAMENT DIE NSTRATNEU BESCHLIESSEN UND POLITISCH BEGLEITEN SOLLTE?

Nachhaltigkeitsportal

Das Nachhaltigkeitsportal des Landwirtschaftsministeriums enthält viele brauchbare Informationen, aber auch etliche Nachhaltigkeitschmähs: www.nachhaltigkeit.at

Nachhaltige Kritik

Das Netzwerk für soziale Verantwortung (NeSoVe) setzt sich für soziale Nachhaltigkeit ein und hat die NStratNEU schon ins Netz gestellt und kritisiert: www.netzwerksozialeverantwortung.at/pages/publikationen/oeffentlichstellungnahmen.php

Weltgipfel Rio +20

Alle Infos unter: www.uncsd2012.org Eine interessante Einschätzung seiner Ergebnisse wurde für die Konferenz des European Sustainable Development Network (ESDN) Ende Juni 2012 in Kopenhagen erstellt: www.sd-network.eu

INTERVIEW MIT PROF. HEINZ-J. BONTRUP

GREEN ECONOMY - GIBT'S DIE?

Die Wirtschaft gibt sich gerne „grün“. Doch Wirtschafts-, Wachstums- oder Umweltkrisen lassen zunehmend Zweifel daran aufkommen, wie nachhaltig „Green Economy“ wirklich ist.

Ist „Green Economy“ im Kapitalismus möglich?

Bontrup: Ich glaube nicht. Sonst hätten wir längst eine bessere Umwelt. Raubbau an der Natur ist dagegen an der Tagesordnung. Wir entreißen ihr die nichtregenerativen Rohstoffe, produzieren nach wie vor energieintensiv, häufig Produkte die eigentlich keiner braucht, und selbst der Konsum der produzierten Güter verursacht enorme Umweltschäden, wenn sie nur an den Autoverkehr denken. Es droht mittlerweile eine Klimakatastrophe.

Was sind die Hemmnisse?

Bontrup: Im Kapitalismus der Kapitalist, es sei denn, er verdient mit der Produktion von Umweltgütern Geld. Aber auch diese können nicht ohne Rohstoffverbräuche und Umweltbelastungen hergestellt werden. Eine vollständige Internalisierung, bezogen auf Rohstoffe und Emissionen, in die Preise geht zu Lasten der Profite. Können die Kapitaleigner die Umweltkosten nicht über ihre Produktpreise erlösen, so ist ihr Profit nicht maximal. Hier bekommt jeder Kapitalist Störgefühle. Und wälzen sie die Umweltkosten auf die Nachfrager weiter, so werden viele Konsumenten auf Grund ihrer niedrigen Einkommen die Produkte nicht mehr kaufen können. Auch hier verliert der Kapitalist durch weniger Nachfrage, aber auch der wirtschaftlich Schwache, weil er von der Konsumtion ausgeschlossen wird. Dies wirft die soziale Frage auf.

Warum dann der Etikettenschwindel?

Bontrup: Ganz einfach. Weil der Kapitalist den Kapitalismus nicht abschaffen will. Er profitiert von diesem System am meisten. Auch eben wegen einer Nicht-Internalisierung der Umwelt in die Preise.

Welche Bedingungen braucht sozial-ökologischer Fortschritt?

Bontrup: Ein anderes Wirtschaftssystem. Ein System, das auf einer Wirtschaftsdemokratie basiert und nicht auf einem Diktat des Kapitals zur maximalen Profitbefriedigung von Wenigen in einer Gesellschaft. Nur eine demokratische Wirtschaft, die alle Interessen des arbeitenden Menschen und eben auch der Umwelt gleichberechtigt bündelt und durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik des Staates über kontrollierte Märkte aussteuert, macht einen gesellschaftlich integrativen sozial-ökologischen Fortschritt möglich. Wer sich hiermit vertieft auseinandersetzen will, dem kann ich mein Buch „Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft“ empfehlen.

www.memo.uni-bremen.de/docs/m1305.pdf

Mehr Ausführungen rund um dieses Thema finden Sie im Referat von Prof. Bontrup auf der Zukunftskonferenz der Arbeiterkammer Linz am 12. Juni 2012: „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“ www.youtube.com/watch?v=UFw7c7vZrxk



* Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup ist Hochschullehrer an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Fachbereich Wirtschaftsrecht, und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

→ Widerstand im Umweltministerium gestoßen. Auch die Länder sollen dem reserviert gegenüberstehen. Dass die AK keine Möglichkeit haben soll, unmittelbar an der Umsetzung der NStratNEU mitzuwirken, ist aus unserer Sicht nicht anschlussfähig und kaum mit den hohen Ansprüchen an Partizipation und Transparenz bei Nachhaltigkeitsprozessen in Einklang zu bringen.

Außerdem beteiligen sich die Länder am derzeitigen NStrat-Prozess nur „zur Information“. Die Absicht von Bundeskanzleramt und Umweltministerium, die NStratNEU im Rahmen der ÖStrat-Arbeitsprogramme umzusetzen, ist mit den Ländern nicht abgestimmt. Es könnte auch sein, dass die Länder einer künftigen Ausweitung der ÖStrat-Themenfelder anhand der „umfänglicheren“ Handlungsfelder der NStratNEU nicht zustimmen. Wer klug ist, zieht nicht aus, bevor er nicht weiß, wo er hinziehen wird. Daher sollte man auch in all diesen Fragen eine Klärung mit den Ländern suchen, bevor eine endgültige Entscheidung erfolgt.

DIE ZEIT DRÄNGT

Verständlich sind Befürchtungen, dass zusätzliche Akteure auch zusätzliche Abstimmungsprobleme bewirken. Wie zäh solche Nachhaltigkeitsprozesse ablaufen können, kann man gerade jetzt beobachten. Doch da hilft nicht Ausgrenzung, sondern nur die richtige Entscheidungsebene. Ministerien haben zu vielen Fragen, die in der NStratNEU angesprochen werden, gar nicht die Kompetenz. Viele der Vorschläge werden früher oder später gesetzlicher Maßnahmen bedürfen, damit sie auf Schiene kommen. Ministerrat und Landeshauptleuterkonferenz sind sicher nicht die „höchsten politischen“ Gremien auf Bundes- bzw. Landesebene, wie dies der Rechnungshof 2010 empfohlen hat. Das ist vielmehr das Parlament! Warum spricht niemand darüber, dass das Parlament die NStratNEU beschließen und politisch weiter begleiten sollte? Dann könnte es auch gelingen, die Strategie mit konkreteren Zielen zu versehen, die bis jetzt fehlen. Spätestens wenn 2015 die UN-Nachhaltigkeitsziele die aktuellen Millennium-Entwicklungsziele ablösen, so wie dies in Rio+20 bekräftigt worden ist, werden wir Ähnliches auch in Österreich brauchen. □

IN ÖSTERREICH LÄUFT ETWAS SCHIEF:
ARBEIT WIRD HOCH BESTEUERT,
VERMÖGEN KAUM.

WIR SIND ÜBER
3 MILLIONEN
STIMMEN
FÜR MEHR
VERTEILUNGS-
GERECHTIGKEIT.

Für gerechte Steuern auf Vermögen
und Gewinne. wien.arbeiterkammer.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

BETRIEB

Im Herbst 2011 haben sich in der Steiermark die Landesregierung, die Landwirtschaftskammer und die Steiermarkzentrale der Firma SPAR auf das Projekt „Allweg-Steiermarkflasche“ verständigt, um den ökologischen Fußabdruck des Naturprodukts Wein zu verbessern. Wie funktioniert das Projekt, was ist der Umweltnutzen?

VON WERNER HOCHREITER*

Wein - Mehrweg ohne Pfand



ZUSAMMENFASSUNG:

Fast 50 Prozent des mit der Herstellung von Wein verbundenen CO₂-Ausstoßes gehen auf das Konto der Einwegglasflasche. Die Mehrfachverwendung von Glasflaschen ist daher eine ökologisch wichtige Maßnahme. Ab zwei Umläufen ergibt sich auch eine Betriebskosteneinsparung für die Weinbauern. Dafür braucht es auch noch mehr Bewusstsein in der Weinwirtschaft selbst und Möglichkeiten zur Rückgabe auch im Lebensmittelhandel.

Erklärtes Ziel des auf zwei Jahre anberaumten Pilotprojektes ist, die Rate der wiederbefüllten Steiermark-Flaschen von heute 35 Prozent auf 50 Prozent zu steigern. Das heißt, in Zukunft soll nicht nur jede dritte, sondern jede zweite Flasche einmal wiederbefüllt werden. Das klingt nicht viel. Die Pilotphase soll aber dazu dienen, das Projekt breiter bekanntzumachen, die WeinkonsumentInnen zum Mitmachen zu bewegen und unter den Weinbaubetrieben und dem Lebensmittelhandel weitere Projektpartner als Rücknahmestellen zu gewinnen. Unausgesprochene Vision ist natürlich, dass das Projekt nach der Pilotphase selbsttätig weiterläuft.

Auf den ersten Blick fällt an der Steiermark-Flasche der Panther am Flaschenhals auf. Ansonsten scheint sie eine gewöhnliche 0,75 Liter-Weinflasche zu sein, von der man als KonsumentIn

vermutet, dass sie, nachdem man sie geleert hat, in den Altglascontainer gehört. Doch die Flasche hat eine besondere Geschichte, die schon fast 20 Jahre zurückreicht, erläutert Werner Luttenberger, Weinbaudirektor in der steirischen Landwirtschaftskammer: „Die neue Flasche entsprang damals einer Initiative von Weinbauern, Flaschenhandel, Weinbauschule Silberberg und Kammer, um von der Vielfalt an Flaschen wieder weg zu kommen.“ Denn die Qualitätsoffensive nach dem großen Weinbauskandal hatte auch zu einer großen Flaschenvielfalt und in weiterer Folge zu Problemen geführt, wenn Weinbauern zurückgenommene Flaschen waschen oder wiederbefüllen wollten. Unterschiedliche Größen sind da ebenso hinderlich wie Billigflaschen, die dabei oft brechen. Die Steiermark-Flasche brachte die dafür ausreichende Qualität, war leicht zu reinigen

und wiederzubefüllen. Davon profitierten vor allem kleine und mittlere Weinbaubetriebe, bei denen sie sich auch schnell durchsetzte (siehe Kasten Bioweingut Menhard). Seit Mitte der 1990er Jahre hat sie rund 50 Prozent Marktanteil in der Steiermark. Die Steiermark-Flasche ist auch betriebswirtschaftlich sinnvoll. Luttenberger: „Eine neue Panther-Flasche kostet rund 45 Cent. Das Waschen zur Wiederbefüllung dagegen nur 20 Cent. Schon ab zwei Umläufen kostet dem Weinbauer das Gebinde nicht mehr als eine gewöhnliche Billigflasche, die man nur einmal verwenden kann.“

ÖKOLOGISCH

Das Wiederverwenden ist auch ökologisch sinnvoll. Christian Pladerer vom Ökologie-Institut hat für eine Präsentation in der Weinbauschule Silberberg den CO₂-Fußabdruck der Bier- und Weinwirtschaft

* Mag. Werner Hochreiter ist Jurist und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Biowein Steiermark

Weingut Familie Menhard www.bio-wein-steiermark.at/Menhard_product_details.html
Pöbnitz 70, A-8463 Glanz an der Weinstraße,
+43 (0) 3454 59984 - weingut@menhard.at





Mehrweg-Leergut: Leer, aber gut – für die Umwelt

in Österreich abgeschätzt. Betrachtet wird der ganze Lebensweg des Produkts, von der Erzeugung bis zur Entsorgung, z.B. der Verpackungen. Beide Sektoren verursachen jeweils rund 500.000 Tonnen CO₂. Freilich ist der Ausstoß der Bierwirtschaft mit 890 Millionen Liter mehr als dreimal so groß wie der der Weinwirtschaft: Mehr als 20.000 Betriebe in Österreich erzeugen zusammen 260 Millionen Liter Wein. Warum sind die spezifischen CO₂-Emissionen bei Wein (1,9 kg CO₂/Liter) viel höher als bei Bier (0,5 kg CO₂/Liter)? Hier spielt das in Österreich noch immer gut ausgeprägte Bier-Mehrwegsystem die entscheidende Rolle. Bestätigt wird dies durch Untersuchungen eines deutschen Weinhändlers (www.riegel.de) sowie zur Weinregion „Traisental“/NÖ. „Die Wein-Glasflasche ist für rund 45 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich“, bringt Luttenberger

die Ökobilanz-Ergebnisse auf den Punkt. Das zahlenmäßig größte Optimierungspotenzial beim Wein besteht somit in der Mehrfachverwendung der Glasflasche.

Die Fragen nach dem CO₂-Footprint und seiner Verringerung werden mehr werden. Viele Weinregionen beschäftigen sich mittlerweile damit. Luttenberger will aber auch Glas als Packstoff nicht in Frage gestellt sehen: „Die Glasflasche ist ein Kulturgut“. Auch mich erleichtert, dass für ihn der Umstieg auf Kunststoffgebilde, wie es andere zur CO₂-Verminderung probieren – siehe die „bag-in-box“ in Dänemark oder die „Zero-Emission-Bottle“ in Neuseeland –, kein Thema ist.

PRAXISTAUGLICH

„Vor Jahren hab’ ich mir gedacht, es ist schade, wenn diese Flaschen nachher einfach wegwerfen werden“, beschreibt

„ ES IST SCHADE, WENN DIESE FLASCHEN NACHHER EINFACH WEGGEWORFEN WERDEN. ERICH GUNGL, STEIRISCHE LANDESREGIERUNG/ABFALLABTEILUNG

Erich Gungl, Mitarbeiter in der Abfallabteilung der steirischen Landesregierung, die Wurzeln für das von ihm 2010 initiierte Projekt „Allwegflasche“. Es entstand auch die Idee, den Lebensmittelhandel einzubinden, werden doch heute schon 20 bis 30 Prozent des steirischen Weins im Wein- und Lebensmittelhandel gekauft – in Ballungsräumen sicher noch mehr. Die konkrete Umsetzung war kein leichtes Unterfangen. „SPAR Steiermark war das einzige große Lebensmittelhandelsunternehmen, das von Beginn an der Sache positiv gegenübergestanden ist und sich dann auch wirklich zum Mitmachen entschlossen hat“, ist Gungl dankbar dafür, dass

an zehn SPAR-Standorten über die ganze Steiermark verteilt die Rücknahme erfolgt – in sechs davon mit den klassischen Mehrwegautomaten. Zudem ist SPAR Steiermark offizieller Pilotprojektpartner. Weiters erhalten KundInnen im SPAR, im Kaufhaus Hubmann in Stainz und in der Vinofaktur in Vogau auf zurückgegebene Allwegflaschen eine fünf Prozent-Gutschrift für neu gekauften Wein in der Pantherflasche.

ÖKONOMISCH

Doch die Initiative der Abfallabteilung hat auch aus der Sicht der Weinwirtschaft Sinn gemacht, bestätigt Luttenberger weiter auf Seite 28 →

WEIN-INITIATIVE

ALLWEGFLASCHE

Mit steigenden Produktpreisen sinkt generell der schlichte finanzielle Anreiz, bei Gebinden zu sparen. Zudem haben große und Top-Weingüter schon immer aus Marketinggründen ihre ganz individuellen Flaschen – Kosten egal und natürlich Einweg – bevorzugt. Ein Impuls aus der Öko-Ecke tut da gut. Probleme haben sich beim Waschen der Flasche durch schwer ablösbare Etiketten bzw. die am Flaschenhals verbleibenden Hüllen der seit kurzem boomenden Schraubverschlüsse gezeigt. Beides ist mittlerweile gelöst. Optimistisch ist man, dass die Firma Vetro-pack mit einem neuen Verfahren den Flaschenhals härten kann, damit das Thema Bruchgefahr endlich vom Tisch ist. Hoffentlich verkauft Vetro-pack die Flasche dann endlich als Mehrwegflasche.

Wein, Gut und Schule

Fachschule für Weinbau und Kellerwirtschaft und Weingut Silberberg, Steiermärkische Landesweingüter; Kogelberg 16, A-8430 Leibnitz, Tel.: +43 (0) 3452 / 82339, www.silberberg.at

Allweg-Abfallvermeidung

Mit dem europäischen Abfallvermeidungspreis 2011 ausgezeichnet wurde die „ALLWEG-Steiermarkflasche“. www.steiermarkflasche.at Mehr zur europäischen Woche zur Abfallvermeidung (EWWWR) unter: www.ewwr.eu/awards

PARTNERBETRIEB

WEINGUT FAMILIE MENHARD

„Gesunder Boden – gesunde Rebe – guter Wein“ – nach diesem Motto wirtschaftet der Betrieb schon seit Jahrzehnten. Der seit 1994 zertifizierte Bio-Betrieb ist zum Geheimtipp unter Weingenießern geworden. „Wir wollten damals einfach eine elegante Flasche. Schon bald haben wir komplett auf die Panther-Flasche umgestellt, weil dann auch alles logistisch einfacher geworden ist“, erinnert sich Thomas Menhard. Dabei war die Wiederverwendung der Flaschen immer schon selbstverständlich. Dazu brauchte es nicht erst die Bio-Richtlinie, die das vorschreibt. Es entspringt einer Lebens- und Arbeitsphilosophie, die mit naturnahem Anbau auf höchste Qualität abzielt. Der sparsame Umgang mit Ressourcen verbindet sich mit dem Ziel, für KundInnen auch preislich am Boden zu bleiben. „Freilich ist das Zurücknehmen bei einem 80 Prozent Ab-Hof-Verkaufsanteil leicht“, so Menhard bescheiden.

→ ger. Heute unterstützen offiziell rund 60 Weinbaubetriebe das Projekt und bieten den KundInnen zehn Cent pro zurückgegebener Pantherflasche an (www.steiermarkflasche.at). Das entspricht auch deren Marktwert und wird auch unter Betrieben so abgegolten. „In der Praxis nehmen aber viel mehr Weinbaubetriebe die Pantherflasche zurück“, ergänzt Luttenberger. Diese Betriebe sind halt der „Zehn-Cent-Regel“ gegenüber skeptisch. Jedoch nicht des Geldes wegen, sondern sie wollen nicht Flaschen zählen und geben lieber Naturalrabatt.

Und wie steht es mit der Bereitschaft der KonsumentInnen mitzumachen? Ohne sie geht ja gar nichts. Alle meine GesprächspartnerInnen aus der Weinwirtschaft sehen eine wachsende Bereitschaft. „Wir haben gute Rückmeldungen aus der Gastronomie und auch von Privaten, sogar, wenn sie weiter weg wohnen. Und das hängt am wenigsten an den zehn Cent“, berichtet Reinhold Holler von der Weinbauschule & Weingut Silberberg. Silberberg gibt jedem Sechser-Karton auch ein Infoblatt bei, das zum




Mitmachen anregt. Der Rücklauf dort hat sich im letzten Jahr verdoppelt.

NACHMACHENSWERT

Ermutigendes höre ich auch bei meinem Besuch bei SPAR. Dort ist man überzeugt, dass Regionalität wirkt. Die KundInnen wollen Wein aus ihrer Region. Darum überlegt Christian Holzer, Direktor der SPAR-Steiermark-Zentrale in Graz-Puntigam, auch alle Rücknahmeautomaten in den steierischen SPAR-Märkten umzurüsten. Er weist aber auch auf einen kritischen Erfolgsfaktor für das Projekt hin: „Wenn wir weitergehen wollen, dann brauchen wir in Sachen Öffentlichkeitsarbeit auch

die Unterstützung des Landes und der Politik, alleine können wir das nicht schaffen“. Eine erste Umfrage im Auftrag der Abfallabteilung des Landes zeigt, dass nur 25 Prozent der Nichtnutzer vom Projekt „Allwegflasche“ schon gehört haben. Das weist auf die Aufgaben für die Zukunft hin. Überdies darf die Politik nicht müde werden – eine Einmal-Info reicht sicher nicht. Das schließe ich persönlich aus meinen Erfahrungen rund um die Umsetzung der „Sozialpartnerempfehlung Mehrweg“. Das Potenzial für eine Erfolgsstory ist aber in der steirischen Weinregion jedenfalls sichtbar – vielleicht auch für andere Weinbauregionen zum Nachmachen? □



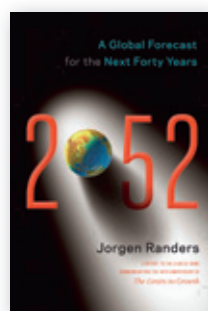
GENUSS MIT VERANTWORTUNG - ALLWEG-SAMMELSYSTEM

Nicht wegwerfen, sondern zurückbringen, ist das Motto der Allweg-Steiermark-Wein-Flasche! Sie wird gewaschen und wiederbefüllt, wenn sie unbeschädigt mit Drehverschluss- oder Brandmündung zurückgebracht wird. Für die Mühe gibt's ein Dankeschön: Eine Gutschrift von 0,10 Euro pro Flasche. Warum das Ganze? In der Steiermark werden jedes Jahr bis zu fünf Millionen Steiermarkflaschen verkauft. Das wären 2.500 Tonnen Altglas. Etwa 35 Prozent oder ca. 1,75 Millionen Flaschen davon werden bereits jetzt nach Gebrauch der Weinflasche gereinigt und wiederbefüllt. Für die Reinigung werden pro Flasche 0,09 kWh benötigt, für die Produktion einer neuen Flasche verbraucht man im Vergleich dazu ca. 1,1 kWh an Energie. Mit diesem Projekt wird massiv Energie gespart und die Umwelt geschont.

MEDIEN

BUCH: 2052 - DIE NÄCHSTEN 40 JAHRE SZENARIEN FÜR DIE ZUKUNFT

Niemand weiß, wie die Welt in 40 Jahren aussehen wird. Der Hauptautor Jorgen Randers (Grenzen des Wachstums 1972), prophezeit eine massive Zunahme von ökologischen Problemen, die in den 2020er Jahren sogar zu einer Revolution führen könnten. Die größte Stärke des Buches liegt im Versuch, realistische zukünftige Entwicklungen seriös abzuschätzen, was zum Nachdenken über die Zukunft anregt. Interessierten LeserInnen sei



aber zur Stimmungsaufhellung die parallele Lektüre optimistischer Schriftwerke empfohlen. Jorgen Randers: 2052 A Global Forecast for the Next 40 Years. A Report to the Club of Rome. Commemorating the 40th Anniversary of The Limits of Growth. Chelsea Green Publishing. White River Junction, Vermont 2012 **SH**



UMWELTBUCH VON LÜGEN UND TUGENDEN

Winfried Wolf: Verkehr. Umwelt.Klima – Die Globalisierung des Tempowahns, ProMedia, Wien 2009.

Von Peak-Oil bis zu wahren Kosten des Verkehrs, von Eisenbahnliberalisierung bis Autobahnprivatisierung zeichnet der Autor, ein engagierter Journalist und gewerkschaftlich verankerter Kämpfer für eine „Bürgerbahn“, die Geschichte des Verkehrs seit der Industrialisierung nach und deckt Umweltlügen und Zusammenhänge auf. Er analysiert die Welt der Autos und Ölkonzerne anhand von Daten und Hintergründen ebenso wie jene der Billigflugtickets und der Zerschlagung der integrierten Bahnen oder den massiven Personalabbau im Transportsektor. Als Alternative zum ungezügelten Tempowahn zulasten der Um-

welt plädiert er für sieben Tugenden der Verkehrspolitik, die von Verkehrsvermeidung über eine attraktive öffentliche Flächenbahn bis zu konkreten Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs reichen. **LEO**

EUROSTAT ZAHLEN FÜR DIE ZUKUNFT

Eurostat: Figures for the future. 20 years of sustainable development in Europe? A guide for citizens. Publications Office of the European Union, Luxembourg 2012.

Eurostat hat aus Anlass von Rio+20 versucht, mit dem Leitfaden „Zahlen für die Zukunft“ die letzten 20 Jahre nachhaltige Entwicklung in Europa statistisch abzubilden. Er zeigt Zahlen und Daten aus der Sicht der fiktiven Studentin Anne, die anderen Studenten



aus der ganzen Welt vermittelt, ob sich die EU in Richtung Nachhaltigkeit bewegt hat. Sie veranschaulicht die Statistiken, indem sie die Themen mit einem wichtigen Tag in ihrem Leben verbindet. Andere Studenten aus der ganzen Welt fügen ihre Ansichten zu der EU-Perspektive hinzu. Siehe: <http://epp.eurostat>.

ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/rio20 – dort findet sich auch eine deutsche Version von Anne's Präsentation. **HO**

ÖKOLOGIE JAHRBUCH 2013

H. Leitschuh, G. Michelsen, U. E. Simonis, J. Sommer und E. U. von Weizsäcker (Hg.): Jahrbuch Ökologie 2013. Wende überall? Von Vorreitern, Nachzüglern und Sitzenbleibern. Verlag S. Hirzel, Stuttgart 2012.

Die seit 20 Jahren erscheinende Reihe „Jahrbuch Ökologie“ erhielt für die Ausgabe 2013 von der Deutschen Umweltstiftung die Auszeichnung „Umwelt-

buch des Jahres“. Das Jahrbuch 2013 fragt in Teil I nach Stand, Form und Wirkung dieser Wende. Teil II sucht nach neuen aktiven Allianzbildnern für eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft. Den Wendakteuren und Allianzbildnern stehen Strukturen und Themen gegenüber, bei denen eine Lösung noch nicht zu erkennen ist – das Vorfeld der Wende

(Teil III). Im Teil IV wird Spurensicherung betrieben für Ereignisse, die nicht schnell vergessen werden sollten. Weitere Kapitel umfassen Vordenker und Vorreiter, Umweltinstitutionen und



Ökologie in Zahlen. Neu ist das Kapitel Umweltbuch des Jahres. www.jahrbuch-oeko.de/jahrbuecher.htm **LEI**

Kinofilm: More Than Honey

In diesem Dokumentarfilm geht der Schweizer Regisseur Markus Imhoof („Die Reise“, Oscar-Nominierung für „Das Boot ist voll“) dem rätselhaften Bienensterben auf den Grund. Ab 12. Oktober 2012 in den Kinos: Trailer auf: <http://www.morethanhoney-derfilm.at>

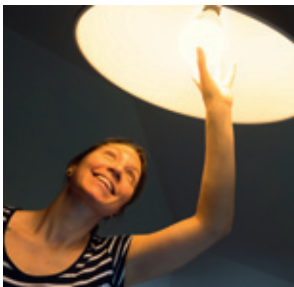
Ökoevent: Veranstaltungen ohne Mist

Ökoevent ist der Zusammenschluss aller bestehenden Einrichtungen und Initiativen der Stadt Wien, die sich für nachhaltige Veranstaltungen einsetzen. Auf der Plattform gibt es Hintergrundinformationen, Tipps, Anregungen und Bezugsquellen. www.oekoevent.at

Auf Grund einer EU-Verordnung dürfen seit 1. September 2012 klassische Glühbirnen nicht mehr in den Handel kommen. Nur mehr Restbestände dürfen abverkauft werden. Damit soll der Umstieg von Stromverschwendenden Glühbirnen auf energiesparende Alternativen vorangetrieben werden. Doch manche befürchten neue Gefahren durch die Energiesparlampen.

VON CHRISTOPH STREISSLER*

Energiesparlampen: Keine Panik!



ZUSAMMENFASSUNG:

Geht eine Energiesparlampe zu Bruch, kann Quecksilber austreten. Doch trotz dessen Giftigkeit ist das kein Grund zur Panik. Wer die Scherben richtig einsammelt, minimiert die Menge an Quecksilber, die in die Umgebung gelangt. Und es gibt auch schon sinnvolle Alternativen zu Energiesparlampen. Es besteht also kein Grund, zur lieb gewonnenen, aber ineffizienten Glühbirne zurückzukehren.

Die gängigste Alternative zu den Glühbirnen sind mittlerweile die so genannten Kompaktleuchtstoffröhren, die häufig auch als Energiesparlampen bezeichnet werden. Sie benötigen für die gleiche Lichtmenge nur etwa ein Fünftel der Elektrizität einer konventionellen Glühlampe. Zudem ist ihre Lebensdauer etwa zehnmal länger. Die Energieberatung der deutschen Verbraucherzentrale hält deshalb fest: „Auch wenn man die Herstellung der Leuchten mit einbezieht, bleiben Energiesparlampen aus ökologischer Sicht gegenüber Glühbirnen klar im Vorteil. Die Produktion einer Energiesparlampe benötigt zwar etwa das Zehnfache der Energie für die Herstellung einer Glühbirne, durch ihre lange Lebensdauer und den fünfmal geringeren Stromverbrauch im Betrieb wird dies jedoch deutlich überkompensiert.“ Die EU-Kommission rechnet

vor, dass der Stromverbrauch durch die Lampen in Haushalten EU-weit im Jahr 2007 etwa 112 Terawattstunden betrug, fast das Doppelte des gesamten österreichischen Stromverbrauchs. Durch das Verbot kann der Stromverbrauch – und damit auch der Ausstoß an Treibhausgasen – wesentlich gesenkt werden.

GEFÄHRLICH?

Das Licht einer Leuchtstoffröhre wird dadurch erzeugt, dass Strom ein in einer Glasröhre enthaltenes Gas zum Leuchten bringt. Die ultravioletten Anteile dieses Lichts werden durch fluoreszierende Stoffe auf der Innenseite der Röhre in sichtbares Licht umgewandelt. Als Gas wird dabei Quecksilber verwendet. In Energiesparlampen ist daher Quecksilber in geringen Mengen enthalten. Der Quecksilbergehalt (mit dem chemischen Symbol für Quecksilber auch

als Hg-Gehalt bezeichnet) muss auf der Verpackung der Lampe angegeben sein. Er darf 5 Milligramm nicht überschreiten und beträgt bei den handelsüblichen Energiesparlampen heutzutage meist zwischen ein und zwei Milligramm.

Quecksilber ist ein sehr giftiges Schwermetall und verdampft in geringem Maß bereits bei Zimmertemperatur. Es kann zu akuten wie auch zu chronischen (schleichenden) Vergiftungen führen. Es wird vor allem über die Atmung aufgenommen und verursacht unter anderem Nerven- und Nierenschäden. Bei längerfristiger Exposition spielt auch die Anreicherung von Quecksilber im Körper eine wichtige Rolle.

Wenn eine Energiesparlampe zerbricht, kann das darin enthaltene Quecksilber austreten. Diese Gefahr hat einige VerbraucherInnen verunsichert und die ökologischen und finanziellen Vorteile von Energiesparlampen in Frage

* Dr. Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien. .



Verordnet: Umweltgerechte Haushaltslampen

Die Verordnung (EG) Nr. 244/2009 der Kommission legt „Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltslampen mit ungebündeltem Licht“ fest. Sie ist die Rechtsgrundlage für das Glühbirnen-Verbot. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:076:0003:0016:DE:PDF>



IM FALL DES FALLES SACHGERECHT REINIGEN

- Raum möglichst lüften, für 15 Minuten verlassen.
- Ist die Lampe noch in der Leuchte: Stromzufuhr verlässlich abschalten (Sicherung!).
- Beim Sammeln der Scherben Einweghandschuhe benutzen. Die Scherben in ein luftdicht abschließbares Gefäß sammeln. Nicht mit dem Staubsauger arbeiten, sondern mit Karton oder steifem Papier, eventuell mit Klebebändern kleinste Bruchstücke sammeln.
- Das Gefäß mit den Scherben sowie andere Reste zur Problemstoffsammelstelle bringen.
- Einen Teppich, falls möglich, für einige Tage im Freien belassen; falls möglich, den Raum noch für einige Stunden lüften.

Kaputt? Zur Problemstoffsammelstelle!

gestellt. Kürzlich kam gar ein Film in die Kinos, der die Gefahr durch Quecksilber als einen der Gründe anführte, zu Glühlampen zurückzukehren.

Zugegeben: Für KonsumentInnen ist es nicht einfach abzuschätzen, welche Gefahren tatsächlich mit der Quecksilberbelastung einhergehen, die beim Bruch einer Kompaktleuchtstoffröhre auftreten. Ohne die Gefahr von Quecksilber klein reden zu wollen, hilft es hier, den Vergleich mit anderen Quecksilberbelastungen anzustellen, denen wir als Menschen ausgesetzt sind.

VERGLEICHE

Am ehesten nehmen wir Quecksilber auf, wenn wir Fisch oder Meeresfrüchte essen. Denn in diesen Organismen reichert sich Quecksilber besonders an. Die EU legt Höchstwerte für die Gehalte an Schadstoffen in Lebensmitteln fest, die sicherstellen sollen,

dass von deren Verzehr keine Gefahren für die Gesundheit ausgehen. So ist EU-weit auch ein höchster zulässiger Quecksilbergehalt in Fisch festgelegt. Der Vergleich zeigt: Würde ein Mensch die gesamte Menge an Quecksilber aufnehmen, die in einer durchschnittlichen Energiesparlampe enthalten ist (zwei Milligramm), wäre das die gleiche Menge, die zwei Kilo Thunfisch enthalten dürfen. Natürlich: Kaum jemand isst auf einmal zwei Kilo Thunfisch, und wir würden auch stutzig, wenn der Fisch gerade noch unter dem zulässigen Quecksilbergrenzwert liegt. Aber der Vergleich zeigt, dass die Menge an Quecksilber in der Lampe nicht extrem hoch ist.

Noch ein Vergleich: In den Regelungen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Gefahren durch Chemikalien sind Grenzwerte für einige Arbeitsstoffe festgelegt. Der EU-Grenzwert für Quecksilber

beträgt 20 Mikrogramm pro Kubikmeter. Er soll sicherstellen, dass ArbeiterInnen, die dieser Konzentration ein Arbeitsleben lang ausgesetzt sind, keine Schäden davon tragen. Untersuchungen darüber, welche Konzentrationen an Quecksilber in einem Raum auftreten, in dem eine Energiesparlampe zerbrochen ist, zeigen: der Arbeitsplatzgrenzwert wird in diesem Fall nur für wenige Minuten erreicht.

ABHILFE

Eine zerbrochene Kompaktleuchtstoffröhre soll also keine Panik auslösen. Aber sie

soll auch nicht auf die leichte Schulter genommen werden – siehe Kasten „Sachgerecht reinigen“. Mittlerweile gibt es aber auch schon Alternativen am Markt, die den Energieverbrauch senken, ohne mit Schadstoffen belastet zu sein. Zum einen gibt es Halogenlampen in der Form der früheren Glühlampen. Zum anderen erobern LED-Lampen den Markt und mit ihnen völlig neue Lichtgestaltungsmöglichkeiten, da sie durch ihre geringe Größe bedeutend vielfältiger eingesetzt werden können. Die Preise sind noch hoch, doch das wird sich mit zunehmender Verbreitung wohl ändern. □

Gebrauch: Fragen und Antworten

Weiterführende Infos unter: www.verbraucherzentrale-energieberatung.de/web/uploads/media/Fragen_Antworten_Energiesparlampe.pdf sowie – besonders bezüglich Reinigung – unter: www.umweltbundesamt.de/umid/archiv/umid0110.pdf, S. 7



Sparlampe? Keine Bange, Meister Lampe!

KONTRO

ENTLASTEN GREENJOBS DEN

PRO

„EINE ARBEITSWELT DER ZUKUNFT IST OHNE BEZUG ZUR UMWELT UND DEN ENDLICHEN RESSOURCEN NICHT DENKBAR.“

MAG. FLORIAN BEER*

Green Jobs finden sich bei einer heterogenen Gruppe von Produzenten von Umweltgütern, -technologien und -dienstleistungen, die sich über eine Vielzahl von Wirtschaftsbereichen erstreckt. Auf EU-Ebene wurde eine einheitliche Definition erarbeitet, die eine transparente Aufschlüsselung der Arbeitsbereiche dieser Personen ermöglicht. Österreich liegt, was die Erhebung und die Anzahl dieser zu-rechenbaren Jobs betrifft, im EU-Spitzenfeld. Ein Blick auf die Zahlen der Statistik Austria zeigt allein zwischen 2008 und 2010 einen Anstieg von rund 16.000 Personen. In Österreich gehen 210.000 Beschäftigte einem Green Job nach und setzen rund 34 Milliarden Euro um. Jeder zehnte erwirtschaftete Euro kommt bereits aus dem Umweltbereich.

Ob Green Jobs den Arbeitsmarkt nachhaltig entlasten können, ist dabei nur eine von vielen Fragen, denn bei umweltrelevanter Beschäftigung ist der originäre Zweck der Tätigkeit zu sehen: Diese Jobs sollen eine notwendige Entlastung der Umwelt und unseres Klimas erreichen.

Neueste Studien zeigen, dass der Klimawandel und damit einhergehende Klimakatastrophen von etwa der Hälfte der Jugendlichen mit Angst und Sorge wahrgenommen werden und viele junge Menschen den Ereignissen hilflos und wütend gegenüber stehen. Mit der starken Angst vor Naturkatastrophen gehen die Befürchtungen über die Unbewohnbarkeit von ganzen Regionen bis hin zu Weltuntergangsszenarien einher. Erhebungen zeigen ebenso, dass das Interesse bzw. die Nachfrage

nach Green Jobs bei Jugendlichen überdurchschnittlich groß ist. Daher ist eine frühzeitige Weichenstellung in Richtung einer ökologischen, energie- und rohstoffeffizienten Wirtschaft von großer, weil zukunftsbestimmender Bedeutung.

Die notwendige Weichenstellung beantwortet zugleich die Frage nach der Entlastung des Arbeitsmarktes. Alle Bestrebungen der Gegenwart und Vergangenheit zur Forcierung von Green Jobs tragen eine deutliche Handschrift: Wir müssen auf bestmögliche Qualifizierung setzen, die Begeisterung für Technik und Naturwissenschaften wecken und bereit sein, unser Wirtschaftssystem in Richtung eines höheren Umweltbewusstseins umzustellen. All das sind Ansätze zur Entlastung des Arbeitsmarktes, der eine immer größer werdende Nachfrage nach Green Jobs aufweist.

Diese Entwicklung, der grüne Wandel, macht auch eines deutlich: Wir müssen uns von den teilweise antiquierten Vorstellungen unserer Jobs verabschieden. Längst leisten Architekten bei der Planung von Passivhäusern, HTL-Absolventen bei der Konzeption alternativer Antriebe oder Lehrlinge im Solar- und Windkraftbereich als Elektrotechniker oder Maschinenschlosser einen Beitrag zum Umweltschutz. Umweltgüter, -technologien und -dienstleistungen müssen aber ebenso vertrieben, verkauft und kommuniziert werden, denn selbst die Umweltwirtschaft unterliegt einer Marktlogik. Der wesentliche Unterschied dazu und die Zukunft unseres Wirtschaftens sind: Nachgefragt werden letztlich nicht Umweltprodukte und -services, sondern saubere Luft, klare Gewässer, fruchtbare Böden und die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt für nachkommende Generationen. Ein Ökoschmäh? Nein: Das Prinzip Verantwortung.

„IN WAHRHEIT ENTSCHEIDET MAN SICH NICHT FÜR ODER GEGEN GREEN JOBS.“



*Mag. Florian Beer ist Geschäftsführer von green jobs Austria – Plattform für Umwelttechnologie, Qualifikation und Berufe.

Masterplan Green Jobs

Bis 2020 sollen rund 100.000 neue Green Jobs entstehen – in der Herstellung von Produkten, Technologien und Dienstleistungen, die Umweltschäden vermeiden und natürliche Ressourcen erhalten. www.greenjobsaustria.at



OVERSE

ARBEITSMARKT NACHHALTIG?

DAS ANGELBICHE JOBWUNDER GREEN JOBS LÖST SICH BEI GENAUEM HINSEHEN IN LUFT AUF. “

CON

SVEN HERGOVICH, BAKK.*

In Österreich gibt es mit Stand 2010 rund 210.000 Green Jobs. Dies mag auf den ersten Blick für ein Jobwunder sprechen. Um aber wirklich beurteilen zu können, ob dies den Arbeitsmarkt insgesamt entlastet, muss bestimmt werden, wie viele Jobs aufgrund der Entstehung solcher Jobs wegfallen. Werden etwa nur mehr umweltfreundliche Geräte gekauft, so schafft dies Arbeitsplätze in der Herstellung ökologischer Produkte, gleichzeitig fallen Arbeitsplätze in der Herstellung weniger umweltfreundlicher Güter weg. Die Differenz zwischen neu geschaffenen und aufgrund dessen verschwindenden Jobs nennt man Nettobeschäftigungseffekt. Nur dieser sagt etwas über eine allfällige Be- oder Entlastung des Arbeitsmarkts aus.

Wie sieht nun der Nettobeschäftigungseffekt bei Green Jobs aus? Den größten Anteil stellt die Land- und Forstwirtschaft mit 40.615 Green Jobbern. Dabei handelt es sich primär um Biobauern und deren Angestellte. Wechselt ein Bauer von konventioneller zu biologischer Produktion, so erhöht dies die Anzahl der Green Jobs, es wird aber kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen.

An zweiter Stelle steht die Bauwirtschaft mit 30.155 Green Jobs, primär aufgrund der thermischen Sanierung. Hier können zwar wirklich neue Jobs entstehen, allerdings ist darauf zu achten, dass die dafür bereitgestellten Mittel nicht über eine Kürzung des Wohnungsneubaus finanziert werden. Da der Wohnungsneubau und die thermische Sanierung auch ähnlich beschäftigungsintensiv sein dürften, wären in diesem Fall die Nettobeschäftigungseffekte nahe Null. Der drittgrößte Green-Jobs-Bereich ist die Abwasserentsorgung und Abfallbehandlung. Da die kommunale Abfallwirtschaft in den offiziellen

Statistiken dem öffentlichen Dienst zugerechnet wird, kann deren exakte Größe nur geschätzt werden. Dabei taxieren die meisten Schätzungen die Beschäftigungsintensität der Abwasserentsorgung etwa zwischen 24.000 bis 27.000 Arbeitsplätzen. Da diese Jobs nicht neu sind, können Sie den Arbeitsmarkt nicht entlasten und der Nettobeschäftigungseffekt liegt ebenso bei Null.

Auch 21.300 Angestellte im Handel werden zu den Green Jobs gerechnet, etwa weil sie Bio-Produkte verkaufen. Auch hier sind die Arbeitsplatzeffekte gleich Null, da es für die Anzahl der Beschäftigten keinen Unterschied macht, ob diese biologische oder konventionelle Ware verkaufen.

Weniger bedeutend ist der Energiesektor, der mit 11.601 Green Jobs nur knapp sechs Prozent aller Green Jobs beisteuert. Um dessen Nettobeschäftigungseffekt zu quantifizieren, müssten aber noch die gleichzeitig in der fossilen Energieerzeugung wegfallenden Arbeitsplätze abgezogen werden. Hier dürfte der Nettobeschäftigungseffekt aber tatsächlich positiv sein.

Die rund 210.000 Green Jobs kommen also größtenteils aufgrund statistischer Verschiebungen zustande und sind keine neuen Jobs. Green Jobs können daher auch keinen oder nur einen sehr geringen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten.

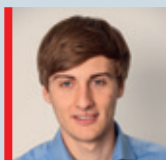
“ DER BESCHÄFTIGUNGSEFFEKT VON GREEN JOBS LIEGT NAHE NULL.

Redlichkeit statt Ökoschmäh!

Wenn Landwirtschaftsminister Berlakovich von 210.000 Green Jobs spricht, denken viele an hochbezahlte UmwelttechnikerInnen. Doch wer glaubt, dass es jede Menge Jobs in diesem Bereich gibt, wird durch solche Zahlen in die Irre geführt. www.arbeiterkammer.at/umweltundverkehr/umwelt/betriebe.htm



*Sven Hergovich, Bakk. ist Ökonom und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.



VOR 15 JAHREN ERDGIPFEL EINST UND HEUTE

Fünf Jahre nach Rio fand der „zweite Erdgipfel“ statt. Das Resümee in der *Wirtschaft & Umwelt* 3/97 unterscheidet sich kaum von der aktuellen Einschätzung der Rio+20 Konferenz. Sie ist praktisch ohne Ergebnisse zu Ende gegangen. Die Umweltsituation hatte sich weiter verschärft und Fragen der Verteilungsgerechtigkeit spielten keine ernsthafte Rolle.

„Die USA sind nicht bereit, eine Verminderung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 15 Prozent für das Jahr 2010 anzupeilen. Die

gewichtigsten Gegner verpflichtender Reduktionsziele sind die USA, Kanada und Australien. Wenn diese sich zu keinem Reduktionsziel verpflichten, werden die anderen Industrienationen dies wohl auch nicht tun, von den Entwicklungsländern ganz zu schweigen. Aber auch in anderen Bereichen, die vor fünf Jahren in Rio verhandelt wurden, ging nichts weiter. Die bisher unverbindlichen Absichtserklärungen über Wälder wurden nicht zu einer verbindlichen Konvention umgewandelt, die Konventionen über die Wüstenbildung und die zur Biodiversität stehen ohne finanzielle Mittel da. Auch vom in Rio vereinbarten Ziel, dass die Industriestaaten 0,7 Prozent ihres BIP für Entwicklungsmaßnahmen aufwenden, ist man weiter entfernt denn je ...“ **LEO**



Verteilungsdebatte: Nachhaltig verteilen!

Was läuft schief in unserem Land bei der Verteilung von Wohlstand, Reichtum, Arbeit, Gehalt, Wohnen, Gesundheit oder Umweltbelastungen? Das fragt sich nicht nur die AK in ihrer aktuellen Kampagne, sondern auch immer mehr Menschen in Österreich. Eine aktuelle AK-Studie liefert fundierte Daten und Antworten.

In der AK-Publikation „Verteilungspolitik: Wo bleibt die Verteilungsgerechtigkeit?“ wird anhand eines breiten Themenspektrums beschrieben, welche Schiefen derzeit bestehen und welche Maßnahmen Erfolg versprechend sind, um mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit zu erreichen. Dies erfolgt in zwei Bänden. Legt Band 2 den

Fokus auf sozial-, bildungs- und rechtspolitische Fragestellungen – mit Beiträgen u.a. zu geschlechts- bzw. altersspezifischen Arbeitsmarktchancen, zur Einkommenssituation und zur Veränderung von arbeitsrechtlichen Standards sowie zu Zugangsmöglichkeiten zu Aus- und Weiterbildung, beschäftigt sich Band 1 v.a. mit den wirtschaftlichen

Rahmenbedingungen: Externe und AK-ExpertInnen analysieren die Entwicklung der ungleichen Verteilung auf internationaler und österreichischer Ebene von der volkswirtschaftlichen bis zur individuellen Ebene des täglichen Lebens.

Im ersten Kapitelblock (1. – 5.) von Band 1 wird detailliert nachgewiesen, dass nur mehr Verteilungsgerech-

AK Studienreihe: Verkehr und Infrastruktur

Bestellung als Hardcopy unter wirtschaft.umwelt@akwien.at

- 29 **LKW-Roadpricing abseits der Autobahn** – Machbarkeit und Auswirkungen einer LKW-Maut am unterrangigen Straßennetz. Tagungsband, 2006
- 30 **LKW-Roadpricing** – Trends und Ausbaumöglichkeiten, 2006
- 31 **Legal - Illegal - Egal?** – Probleme und Kontrollen im Straßengüterverkehr und auf der Donau, Tagungsband, 2007
- 32 **Aktuelle Verkehrsentwicklung im grenzüberschreitenden Güterverkehr** Analyse Verkehrsmarkt 2005, 2007
- 33 **Neue Herausforderungen in der europäischen Luftfahrt** Tagungsband, 2007
- 34 **Neue Aus- und Weiterbildungsstandards für Bus- und LKW-LenkerInnen. Was kommt auf LenkerInnen, UnternehmerInnen, AusbilderInnen und PrüferInnen zu?** Tagungsband, 2008
- 35 **LKW-Maut für die Umwelt? Handlungsspielräume und Strategien im EU-Kontext auf dem Prüfstand**, Tagungsband, Franz Greil (Hrsg.), 2009
- 36 **Regionale Arbeitsweg-Barrieren in der Ostregion.** Auswertung der Online-Umfrage „Pendler/in am Wort“. Thomas Hader, 2009
- 37 **Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur.** Erfahrungen mit Public Private Partnership (PPP) in Österreich und Europa. Tagungsband, 2009
- 38 **Leitfaden für Ausschreibungen im öffentlichen Verkehr.** Qualitäts- und Sozialkriterien. Anna Daimler, Doris Unfried. Studie, 2009
- 39 **Arbeitsweg-Barrieren in der Ostregion** Geschlechtsspezifische und soziale Hindernisse. Auswertung der Online Umfrage „Pendler/in am Wort“. Thomas Hader, 2009
- 40 **LKW-Stellplatzbedarf im hochrangigen österreichischen Straßennetz** Österreichisches Institut für Raumplanung, 2010
- 41 **PendlerInnen und Infrastruktur-Ausbau in der Ostregion** Ergebnisse der AK-Befragung 2009/2010 Thomas Hader, 2010
- 42 **Mangelware LKW-Parkplatz.** Perspektiven und Lösungen für den Arbeitsplatz Autobahn. Tagungsband, 2010
- 43 **Tourismus in Österreich 2011:** mit einer Sonderauswertung des Österreichischen Arbeitsklimaindex Kai Biehl, Rudolf Kaske (Hrsg.), 2011
- 44 **Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen:** Erhebung und Analyse der Lkw-Geschwindigkeiten auf ausgewählten Streckenabschnitten österreichischer Autobahnen. Studie, 2011
- 45 **Die Lkw-Maut als Öko-Steuer** Verursachergerechte Lösungen gegen Lärm und Abgase Tagungsband, 2012
- 46 **BerufslenkerInnen am Wort** Befragung von Lkw- und BuslenkerInnen zu Lenkzeitüberschreitungen, Sicherheit und Qualität von Rastanlagen und Erfahrungen mit der verpflichtenden Aus- und Weiterbildung, 2012



Was läuft schief in Österreich?

tigkeit aus der Krise führen kann. Die Analyse zeigt, dass die ungleiche Verteilung zur Finanz- und Wirtschaftskrise führte. Konstatiert wird, dass die Umverteilung von Arm zu Reich ein blinder Fleck in der EU-Politik ist. Die Auswirkungen von Finanzkrise und Sparpaketen, insbesondere auf Frauen, werden dargestellt.

Der zweite Kapitelblock (6. – 13.) widmet sich der

wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich – auch in Österreich. Es werden u.a. die Kriterien zur Beurteilung von Vermögensverteilungen hinterfragt und bezüglich der Einkommensverteilung in Österreich wird festgestellt: „Die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen hat stark zugenommen. Die Lohnquote ist gefallen. Innerhalb der Lohneinkommen ist eine

“ DER WOHLSTAND WIRD UNGLEICH VERTEILT, DAS MEISTE GEHT AN DIE SPITZE, AN DER BASIS BLEIBT WENIG.

WIRTSCHAFTSNOBELPREISTRÄGER JOSEPH STIGLITZ

deutliche Polarisierung festzustellen.“ Die gegenwärtige Vermögensbesteuerung wird als „Reichtumspflege“ analysiert und es wird gefordert, den Sozialstaat nicht aufs Spiel zu setzen.

Der dritte Kapitelblock (14. – 16.) widmet sich unter dem Titel „Wem geht’s wie gut in der Wirtschaft?“ den Fragen nach der Verteilungspolitik bzw. -gerechtigkeit in den Betrieben, in der Landwirtschaft und bei den Umweltförderungen. Trotz diverser legaler Bilanzierungsmanöver haben österreichische Unternehmen durchwegs deutliche Produktivitätszuwächse. Den Löwenanteil davon kassieren AktionärInnen und EigentümerInnen. In der Landwirtschaft wird Vertei-

lungungerechtigkeit verortet und die Verteilungswirkungen von Umweltmaßnahmen sind aufgrund der unbefriedigenden Datenlage schwer anzugeben.

Im letzten Kapitelblock (17. – 21.) werden individuelle Verteilungsfragen des täglichen Lebens behandelt. Etwa wie sich Inflation, der Zugang zu Mobilität, steigende Energiepreise (Energiearmut) oder sinkende Neubauförderung und steigende Mieten sozial auswirken.

Download: <http://wien.arbeiterkammer.at/Verteilungsgerechtigkeit>

Verteilungspolitik: Wo bleibt die Verteilungsgerechtigkeit? Band 1: Wirtschaftspolitische Dimensionen, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 2012

AK Studienreihe: Informationen zur Umweltpolitik

Alle Studien können unter www.ak-umwelt.at als PDF heruntergeladen werden.



- 165 R. Deussner, G. Kovacic **Anteil des LKW-Quell-Ziel-Verkehrs sowie dessen Emissionen am gesamten Straßengüterverkehr in Wien.** Erstellt vom Österreichischen Institut für Raumplanung im Auftrag der AK Wien, 2006
- 166 W. Lauber (Hrsg.) **Privatisierung des Wassersektors in Europa.** Reformbedarf oder Kapitalinteressen? 2006
- 167 Elisa Schenmer **EU und Wasserliberalisierung – Eine Analyse auf internationaler und europäischer Ebene,** 2006
- 169 Tony Musu **REACH am Arbeitsplatz – Die potenziellen Vorteile der neuen europäischen Chemikalienpolitik für die ArbeitnehmerInnen,** 2006 (vergriffen)
- 170 Franz Greil (Hrsg.) **Feinstaub am Arbeitsplatz** Die Emissionen ultrafeiner Partikel und ihre Folgen für ArbeitnehmerInnen, Tagungsband, 2006
- 171 Andreas Käfer, Judith Lang, Michael Hecht **Luftverkehr und Lärmschutz – Ist-Stand im internationalen Vergleich – Grundlagen für eine österreichische Regelung,** 2006
- 173 Franz Greil (Hrsg.) **Welche Zukunft hat der Diesel?** Technik, Kosten und Umweltfolgen, Tagungsband, 2007
- 174 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Umsetzung der EU-Umwelthaftungsrichtlinie in Österreich,** Tagungsband ergänzt um Materialien und Hintergrunddokumente zum Diskussionsprozess, 2007
- 175 **Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr** 2007
- 176 Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) **Die Strategische Umweltprüfung im Verkehrsbereich** Tagungsband, 2008
- 177 Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) **Die UVP auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung eines umkämpften Instruments** Tagungsband, 2008
- 178 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Die Umsetzung der EU-Umgebungs-lärmrichtlinie in Österreich** Tagungsband, 2008
- 179 **Feinstaubproblem Baumaschine** Emissionen und Kosten einer Partikelfilternachrüstung in Österreich. Umweltbundesamt, 2009
- 180 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Mehrweg hat Zukunft!** Lösungsszenarien für Österreich im internationalen Vergleich, Tagungsband, 2010
- 181 Thomas Thaler **Siedlungswasserwirtschaft in öffentlicher oder privater Hand.** England/Wales, die Niederlande und Porto Allegre (Brasilien) als Fallbeispiele, 2010
- 182 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Aktionsplanung gegen Straßenlärm – wie geht es weiter?** Tagungsband, 2010, die Niederlande und Porto Allegre (Brasilien) als Fallbeispiele
- 183 Christoph Streissler (Hrsg.) **Agrotreibstoffe – Lösung oder Problem?** Potenzielle, Umweltauswirkungen und soziale Aspekte, Tagungsband, 2010
- 184 **Lkw-Tempolimits und Emissionen:** Auswirkungen der Einhaltung der Lkw-Tempolimits auf Autobahnen auf Emissionen und Lärm, Studie, 2011
- 185 **Gesundheitsrelevante Aspekte von Getränkeverpackungen.** Studie, 2011
- 186 **Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale.** Studie, 2012

AK-Tipp

MANGELWARE LKW-PARKPLATZ

Perspektiven und Lösungen für den Arbeitsplatz Autobahn. Tagungsband 2010

Die Beiträge in diesem Tagungsband zeigen die Notwendigkeit von ausreichenden LKW-Stellplätzen auf Autobahnen für die Verkehrssicherheit und die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten von BerufsenkerInnen auf. <http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=4085> LEI

Die schlaunen Ratgeber der Arbeiterkammer



VERKEHRS-LÄRMSCHUTZ

Mehr als eine Million ÖsterreicherInnen fühlen sich durch Verkehrslärm beeinträchtigt. Diese Broschüre gibt Auskunft über Fördermöglichkeiten und Kontaktstellen für Lärmschutzmaßnahmen an Wohnungen und Gebäuden an den Verkehrsträgern Straße und Schiene.



© CONTRASTWERKSTATT - FOTOLIA.COM



RICHTIG HEIZEN UND LÜFTEN

Energie ist wertvoll. Die Raumheizung verbraucht die meiste Energie im Haushalt. Was tun? Richtig heizen und lüften! Ja, aber wie? Der kostenlose Folder der Arbeiterkammer Wien gibt Ihnen 20 Tipps, was Sie ohne großen Mehraufwand tun können.



GUT INFORMIERT UNTERWEGS

Bahn und Bus spielen im Berufs- und Freizeitverkehr eine wichtige Rolle. Doch was ist bei Problemen zu tun? Welche Rechte haben Fahrgäste? Die Broschüre fasst alle wichtigen Infos für die Fahrt mit ÖBB und Wiener Linien kurz und übersichtlich zusammen.



ENERGIE SPAREN

Mit Hilfe dieser Broschüre können Sie die Umwelt und Ihr Geldbörse schonen. Umfassende Informationen und konkrete Tipps aus verschiedenen Energiebereichen des Haushalts wie Raumheizung, Beleuchtung, Elektrogerätenutzung oder Auto tragen dazu bei.



BÜRO UND UMWELT

Ökologie im Büro ist heute in aller Munde. Notwendig ist sie mehr denn je. Damit man weiß, was man tut, hat die Arbeiterkammer einen umfangreichen und gut gegliederten Ratgeber mit vielen Produkthinweisen, Einkaufshilfen, Informationen und Tipps herausgegeben.



ÖKO-ZEICHEN

Der Leitfaden durch den Zeichenschungel von Ökolabels und Qualitätssiegeln bietet neben einem Wegweiser, der erklärt, wofür Ökozeichen stehen und worüber sie informieren, die Liste der Zeichen selbst und Hinweise auf Serviceseiten im Internet.

Zu bestellen unter wirtschaft.umwelt@akwien.at oder Telefon: 01/50165-2404
oder mit der Post an Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien